

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Preiskategorie oder deren Raum 100 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Realitäten 300 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 198.

Donnerstag, den 25. August 1921.

28. Jahrgang.

Heute Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages.

Berlin, 25. August.

Die Verhandlungen über den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag, die zwischen dem deutschen Bevollmächtigten, dem Außenminister Dr. Rosen, und dem Vorkämpfer der Vereinigten Staaten, Drexel, geführt worden, sind zum Abschluß gelangt. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist voraussichtlich am heutigen Donnerstag zu erwarten.

Die Veröffentlichung des Wortlauts.

Washington, 25. August.

Eine offizielle Erklärung besagt, daß der Ratifikation des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages der Abschluß eines Handelsvertrages folgen soll. Gleichzeitig wird mitgeteilt, es bestehe eine Vereinbarung mit Deutschland, daß der Text nicht veröffentlicht wird, ehe der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Drexel, und der deutsche Außenminister, Dr. Rosen, ihn unterzeichnet haben. Der Text wird gleichzeitig in Berlin und Washington veröffentlicht werden.

Eine Erklärung Hardings.

Washington, 25. August.

Nach Ablauf der Sitzung erklärte Harding, daß Hodges der Kommission des Senats für auswärtige Angelegenheiten Einzelheiten über den Vertrag mit Deutschland mitgeteilt hat. Die Kommission hatte keine Bedenken gegen die Bedingungen. Die Mitglieder sahen von einer Besprechung des vorläufigen Friedensvertrages ab. Harding hofft, daß die Ratifikation des Friedensvertrages sogleich stattfinden wird und wünscht, daß der Reichstag und der Senat den Vertrag gleichzeitig behandeln.

Amerikas Friedensschluß mit Oesterreich.

Wien, 25. August.

Der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich wurde unterzeichnet.

Das Telegraphische Korrespondenzbureau berichtet: Der Wortlaut des heute unterzeichneten Friedensvertrages zwischen Amerika und Oesterreich, der auf der bekannten vom amerikanischen Kongreß angenommenen Friedensresolution beruht, wird nach der Ratifizierung durch die verfassungsmäßigen Faktoren amtlich verkündet werden. Wie die österreichische Regierung begrüßt auch die öffentliche Meinung die tatsächliche Herbeiführung des Friedensabschlusses und die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen mit der großen amerikanischen Republik, die seit dem Waffenstillstand so viele Bemühen ihres Wohlwollens und ihrer menschenfreundlichen Gesinnung gab, mit großer Befriedigung. Mit Genugtuung wird auch die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß dieser Friedensschluß, der für die gedeihliche Entwicklung der Republik notwendig ist, dank der Initiative der amerikanischen Regierung und der entgegenkommenden Haltung ihres Vertreters in Wien ermöglicht wurde.

Botschafter Ishii als Berichterstatter im Völkerbundrat.

Paris, 24. August.

Infolge der Ablehnung Duimones de Leon, Bericht über die oberösterreichische Frage zu erstatten, hat der japanische Botschafter Ishii beschlossen, diese Berichterstatterung zu übernehmen.

Ein amerikanischer Bericht aus Moskau.

Paris, 23. August.

Der Spezialkorrespondent der „Chicago Tribune“ in Moskau, Floyd Gibbons, veröffentlicht seinen ersten Bericht in dem genannten Blatt, worin er mitteilt, daß in 160 Kirchen von Moskau Bittgebete zur Abwehr der Hungersnot gehalten werden. Direkte Nachrichten über die Lage in den Hungergebieten könne man in Moskau nicht erhalten. Eine Bitte des Korrespondenten, sich in die Wolgagebiete zu begeben, wurde einstweilen von der russischen Regierung abgelehnt, die erklärte, daß die Transportmittel zu schlecht seien. Der wahre Grund aber, warum die russische Regierung niemanden in diese Gebiete lassen wollte, besteht darin, daß sie befürchte, die Schuld an der großen russischen

Tragödie würde auf die bolschewistische Herrschaft geschoben. Wohlthätig falle es in Moskau auf, daß man keinen betrunkenen Menschen mehr begegne, was vor dem Kriege in großem Maße der Fall gewesen sei.

Absturz des englischen Zeppelins.

London, 24. August.

Aus Hull wird gemeldet, daß das Luftschiff Z. P. 2, als es heute nachmittag die Stadt überflog, in Brand geriet. Das Luftschiff zerbrach in zwei Teile, die in den Humber fielen. Man beschränkt, daß zahlreiche Personen dabei umgekommen sind. Z. P. 2 machte seine letzte Probefahrt, bevor es den Überflug des Atlantischen Ozeans versuchte. Es war von der amerikanischen Regierung angekauft worden.

London, 25. August.

Das Luftschiffunglück hat gestern um ein Viertel vor sechs Uhr stattgefunden. Eine große Menschenmenge verfolgte den Flug, die nach allen Seiten auseinanderstob, um von den niederstürzenden Ueberresten nicht getroffen zu werden. Das Luftschiff hatte 47 Mann Besatzung, darunter verschiedene Amerikaner. Eine Anzahl Leichen wurden sofort aufgefischt, darunter einige Vermundete, die in die Krankenhäuser überführt wurden. Gerettet wurden sechs Mann, darunter der Kommandant.

Der polnische Eisenbahnerstreik.

Danzig, 25. August.

In Posen sind die Minister Dacowski und Trajanski eingetroffen, um mit den Eisenbahnern zu verhandeln. In Dirschau hielten gestern die Postbeamten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, daß die Postbeamten sich dem Streik nicht anschließen sollen. Der Eisenbahnverkehr vom Reich nach Ostpreußen und zurück wird durch polnisches Militär unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.

De Marini Vorsitzender der Interalliierten Kommission.

Breslau, 24. August.

General de Marini ist nach Oppeln zurückgekehrt. Er hat den Vorsitz der interalliierten Kommission, die dem französischen Generalkonsul Henry Fonjot seit dem 3. August anvertraut worden war, übernommen.

9 1/2 Milliarde Besatzungskosten.

Oppeln, 25. August.

Nach einer Meldung der Interalliierten Kommission betragen am 1. August d. Js. die Kosten für die Unterhaltung der Besatzungsarmee in Oberschlesien 9,5 Milliarden Mark, die nach dem Versailler Vertrag von demjenigen zu tragen sind, dem das Abstimmungsgebiet zugesprochen wird.

Vor den Wiesbadener Besprechungen.

Paris, 25. August.

Loucheur ist gestern morgen nach Paris zurückgekehrt. Er begab sich zum Ministerpräsidenten und hatte mit ihm eine längere Unterredung, die die verschiedenen Fragen, die sich auf die Reparation in Natura beziehen und die im Laufe der Wiesbadener Besprechungen behandelt werden sollen, betrafen. Die Begegnung in Wiesbaden sei auf Freitag festgesetzt.

Was Dorthu erzählt.

Budapest, 22. August.

Wie das Ungarische Korrespondenzbureau meldet, sind die Truppen des Generals von Soos heute in Fünfkirchen eingezogen. Die Truppen seien von der Bevölkerung mit unbefriedigender Begeisterung empfangen worden. In der Stadt herrsche vollkommene Ruhe und Ordnung.

Berichtigung.

In unserem gestrigen Bericht über die Verhandlungen über die Lohn- und Gehaltsforderungen für die Staatsarbeiter und Beamten hat sich insofern ein Uebersetzungsfehler eingeschlichen, als die Regierung nicht 75 Prozent Lohnaufbesserung geboten hat, sondern 75 Pfennige. Unterdes ist dieses Angebot auf 85 Pfennige erhöht worden.

Die Revolutionslegende.

Wenn Ludendorff und seine Offiziere, wenn Helfferich und seine Bureautraten, wenn Reventlow und seine journalistischen Freunde 1000 Jahre alt würden, nie würden sie zugeben, daß sie die Schuld am Zusammenbruch Deutschlands haben. Sie dürfen das nicht zugeben, sie können das nicht zugeben; denn es geht ihnen wider die Natur. Sie wissen, daß sie gut taten, sich eine Kugel in den Kopf zu schießen, wenn sie sich eingestehen müßten: mea culpa, mes maxima culpa! Es überrascht deshalb keinen Menschen in Deutschland, wenn immer wieder in gewissen Abständen in der Presse der Rechtsparteien die Rede ist vom „Dolchstoß“, von der „Schuld der Revolution“. Es hilft auch nichts, wenn viele, die diese ewige Schulddebatte nicht haben bis an den Hals, immer wieder betonen: Laßt doch das Gezänk über vergangene Dinge, beschäftigt euch mit der Not der Gegenwart! Am deutschen Volke wurde ein Verbrechen begangen, und die, die sich schuldig fühlen, müssen immer wieder auf diese Verbrechen zurückkommen. Daher in der Rechtspresse Revolutionslegende und kein Ende.

Man könnte diese vielen Legenden-Artikel übergehen, wenn die Erfahrung in der Politik nicht lehrte, daß die Vergeßlichkeit in politischen Dingen die erste Untugend der Volksmassen ist. Jeder Tag zeigt aufs neue, daß Tausende und aber Tausende, die während des Krieges dem alten System Rache geschworen hatten, heute wieder vor den Vertretern des alten Systems in Ehrfurcht ersterben. Rufen wir deshalb unverdrossen immer wieder die ehernen Tatsachen der Geschichte zu Hilfe.

Die Revolution soll den letzten Widerstand unmöglich und deshalb den Waffenstillstand und den Versailler Frieden verursacht haben! Wie war die Situation nach dem 1. Oktober 1918? Am 1. Oktober 12.00 Uhr drahtete Hindenburg an den Vizekanzler v. Payer:

„Wenn bis heute abend 7—8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Ausschub bis morgen einverstanden.“

Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.“

Die Generale drängten ununterbrochen. Jeder Deutsche, ob er an der Front im Westen stand, ob er irgendwo in Rußland marschierte, ob in Aiga oder Bukarest — alle hatten das Gefühl: „Zu Ende!“ Der Schrei Ludendorffs brachte lähmendes Entsetzen. Die Blätter der Rechten reden immer soviel davon, daß der „Vorwärts“ Erzbergers die Feinde in die deutschen Karten habe sehen lassen. Nun, besser als alles andere ließ der Schrei Ludendorffs den Feind hinter die deutschen Kulissen sehen: Die Rechtsblätter reden gerne davon, daß der Ruf nach einem Verständigungsfrieden von Seiten der Linken die deutsche Seele schwach gemacht habe. Nun, der Angstruf Ludendorffs und Hindenburgs hat die schon sehr niedergedrückte Stimmung vollends zu Boden geschlagen. Die alldeutsche Kriegslüge hatte das Bürgertum und Bauertum auf den Zerschmetterungssteig eingestellt. Ludendorff rief in einem Angstanfall den Schleier, der die Wahrheit verhüllte, hinweg — die große Panik, gerade im Bürger- und Bauertum war da. Es hilft der „Deutschen Tageszeitung“ gar nichts, witzelnd über die Feststellungen der Eicherich-Broschüre hinwegzusehen. Das Bier war es freilich auch in Bayern nicht allein, das die Stimmung bis unter Null herabdrückte. Es kamen noch einige andere Dinge hinzu. Aber ganz abgesehen von Einzelheiten, soviel hat die Schrift Eicherichs „Der Kommunismus in München“ und ebenso die Schrift von Dr. Matthias „Die bayerischen Bauernräte“ festgestellt, daß an der Stimmung der bayerischen Bayern im Oktober 1918 nichts mehr zu verderben war, und daß an dieser Mißstimmung in Bayern die Sozialdemokratie völlig unschuldig ist.

Dr. Matthias schreibt in seinem Buche: „Die Ueberwiegende Masse der bäuerlichen Bevölkerung hat die Revolution begrüßt. „Begrüßt“ wohlgerne, nicht lebendig gebildet! Warum wohl? Weil der Bauer gerade jene berühmte „nationale Verteidigung“ nicht wollte. Als Ludendorff den Schleier vor dem Medusenantlitz der Wahrheit hinweggerissen hatte, erkannte der Bauer klar die wie von einem Blitz beleuchtete Situation. In Oesterreich-Ungarn war man fertig. „Nationale Verteidigung“ bedeutete im Südbosten die völlige Kapitulation Madensens, der in Buda-pest in der Mausefalle lag. „Nationale Verteidigung“ bedeutete Einmarsch der Italiener und Tschechen nach Bayern. „Nationale Verteidigung“ bedeutete die Verwüstung der Pfalz und des Rheinlandes, die vor dem Ansturm der amerikanischen Tanks und Flugzeuge, die mehr Del zur Verfügung hatten, als wir in Rumänien produzierten, nicht gehalten werden konnten. Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß das ja auch und spricht deshalb vom „deutschen Osten“, der nicht preisgegeben hätte werden müssen, wenn die deutschen Revolutionäre nicht das Heer völlig aufgelöst hätten.“ „Die Kampfbedingungen“, so muß die „Deutsche Tageszeitung“ freilich zugestehen, „wären dann natürlich gegen die Westmächte ungünstig gewesen. Es ist aber sehr die Frage, ob England und Amerika, nachdem ihre wesentlichsten Kriegsteile durch den deutschen Rückzug erreicht waren, zu Ehren

den französischen Militarismus noch weiter marschieren. Auf jedem Fall wäre selbst dieses Heer noch ein Trumpf für die Friedensverhandlungen gewesen, der den kriegsmüden feindlichen Völkern neue Opfer vor Augen gestellt hätte. Wir wissen jetzt, wie notwendig Lloyd George bei den Friedensverhandlungen einen solchen Trumpf zur Stütze seiner Ansichten hätte brauchen können. „Wunderbar klug geredet, aber der bayrische Bauer wenigstens war diesen Gedankenwegen, die auch damals schon von der Rechtspreffe kopiert wurden, gar nicht zugänglich. Er wußte, daß die „nationale Verteidigung“ die Bewilligung des Landes bedeutete. Er wußte, daß in Frankreich drüben eine Wüste lag, und daß die Franzosen sich sehr gerne in der Palz und sonstwo nach dem berühmten Muster eines Melac revanchiert hätten. Er konnte nicht glauben, was jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ zu wissen vorgibt, daß Lloyd George mit Deutschland sanfter umspringen werde als Clemenceau; denn die „Deutsche Tageszeitung“ hat diesen Lloyd George als ebenso gefährliches Ungeheuer geschildert wie Clemenceau. Volkstum weiß nun auf einmal die Reaktion, daß in jenem Augenblick, als die „nationale Verteidigung“ proklamiert werden sollte, England und Amerika ihre „wesentlichsten Kriegsziele durch den deutschen Rückzug erreicht“ hatten. So reden die Leute, die der Linken rückwärtig „Mustionismus“ an den Kopf werfen. Jetzt auf einmal wollen sie den Lloyd George von 1921 an die Stelle des Lloyd George von 1918 stellen. Ein schlechter Trick. Freilich sieht der Lloyd George von 1921 mit sehr gemischten Gefühlen auf den Versailler Frieden. Aber er ist doch an ihm nicht unschuldig, und bisher konnten wir nicht in der Rechtspreffe lesen, daß Lloyd George in Versailles so schlecht weggekommen sei. Er ist ganz gut weggekommen, weil er 1918 etwas anderes wollte, als er heute will.

Summa summarum: es ist zwar ein Malheur, daß die Kommunisten und einige Unabhängige so furchtbar stolz sind auf die „Revolution“ von 1918, die gar keine Revolution war, aber der Zusammenbruch und der Umsturz wurde nicht von meuternden Soldaten gemacht. Nicht der äußere Anlaß, sondern die innere Ursache ist bekanntlich bis jetzt noch immer das wichtige bei geschichtlichen Ereignissen gewesen. Der Prager Fenstersturz eröffnete den 30jährigen Krieg, aber er war sicherlich nicht seine Ursache. Die äußeren Anlässe zum Umsturz im November 1918 mögen die Unabhängigen für sich buchen, die innere Ursache für den Zusammenbruch und damit die Schuld am Versailler Frieden hat die Geschichte den Rechtsparteien bereits gutgeschrieben. Mögen sich die gestürzten Größen mit der Revolutionslegende trösten, wenn die Wahrheit für sie zu untröstlich ist!

Keine Einladung an Deutschland.

NZ. In der Presse ist die Nachricht aufgetaucht, Deutschland habe eine Einladung zu der Völkerbundskonferenz in Genf erhalten. Wie wir demgegenüber von sicherer Stelle hören, ist der deutschen Regierung über diese Konferenz keinerlei Mitteilung, geschweige eine Einladung zugegangen. Damit erledigen sich auch die Meldungen englischer Blätter, die wissen wollten, daß sich Reichskanzler Brüning nach Genf begeben werde, um den deutschen Standpunkt in der oberjohannischen Frage selbst zu vertreten.

Wiederherstellung des Immobilieneigentums in Rußland.

Die Sowjetregierung veröffentlicht ein Dekret des Rates der Volkskommissare über die Rückgabe von Immobilien an ihre früheren Eigentümer. Das Dekret bestimmt ausdrücklich, daß die früheren Verordnungen abgeschafft und die Stadtimmobiliën dem ehemaligen Eigentümer zurückgegeben werden mit der Maßgabe, daß ein Sowjetbürger nicht mehr als ein Gebäude mit Nebengebäuden besitzen darf. Das Dekret erstreckt sich nicht auf ländlichen Besitz, jedoch können in **Aussnahmefällen**, auf Beschluß des örtlichen Exekutivkomitees auch Landhäuser mit Zubehör den früheren Eigentümern zurückgegeben werden.

Das gleiche Dekret stellt ferner die Freiheit im Immobilienverkehr (Kauf und Verkauf) wieder her. Dem Substanzkommissariat ist aufgegeben worden, binnen monatlicher Frist genauere Bestimmungen auszuarbeiten.

Die Bedeutung dieses Dekrets ist natürlich sehr eingreifend: es ist nochmals ein Rückzug von der bisherigen Wirtschaftspolitik.

Der Hungertod der Kinder in Sowjetrußland.

In Nr. 168 der „Pravda“ finden wir einen Artikel des Kultusministers Sowjetrußlands, **A. Lunatjarsky**, unter dem Titel: „Vergessen wir nicht die Kinder!“ Lunatjarsky teilt hier folgende Tatsachen mit:

Der Vorsteher der Abteilung für Volkserziehung in Samara (an der Wolga) berichtet, daß man vor seiner Wohnungstür, vor der Wohnungstür seiner Mitarbeiter, sowie überhaupt anderer Sowjetbehörden, Kinder stehen läßt. Außerdem liegt die Müll auf, durchschnittlich an 20 täglich. Sie simulieren eine Unterernährung der Russischen oder weigern sich, offenbar auf Befehl der Eltern, ihre Namen zu nennen. Diese Kinder werden in unseren Kinderheimen untergebracht, aber sie konnten sich hier niemals satt essen. Heute aber wird die Nation immer sehr beschnitten und auf eine Hungernorm zurückgeführt, bei der man nur wie durch ein Wunder weiter leben kann. In Samara hat sich so geradezu eine kleine Kinderstadt ausgebildet, wo alle gesunden Kinder untergebracht werden. Die Sterblichkeit ist in dieser Stadt bis zur Verzweiflung groß. Im Grunde genommen bedeutet die Unterernährung ein Auslesen der Kinder von der Straße, damit sie nicht in aller Deffektivität sterben...

Und so ist es überall. Man sagt, daß es Fälle gibt, da die **Madonnen** (ein in der dortigen Gegend wohnender slawischer Fremdwort) ihre Kinder einfach in der Wolga ertränken, aber nicht aus Grausamkeit, nicht, um weniger Eier zu haben, sondern, weil das Herz nicht länger das Wimmern und den Schrei des langsame Werdens der kleinen Geschöpfe ertragen kann.

Cholera und Menschewismus.

Aus London meldet das **Georgische Nachrichtenbureau**: Typhus und andere ansteckende Krankheiten, namentlich die Cholera, suchen Georgien heim. In Tiflis sterben zurzeit täglich 40 Personen an der Cholera. Die ärztliche Hilfe ist ungenügend, es herrscht Mangel an Arzneimitteln.

Diese erschütternde Tatsache ließ natürlich die Bolschewisten nicht in Untätigkeit verharren. Nein, das muß man ihnen lassen, sie nahmen ihre Sache ernst, versorgten sie doch flugs ganz Tiflis mit Plakaten folgenden Inhalts:

„Trink kein ungekochtes Wasser. Eß nicht viel Früchte auf einmal, sondern eß öfter und in kleineren Portionen. (Dabei findet man in Tiflis überhaupt keine Früchte, denn die haben die Rotgardisten schon lange verzehrt.) Die Cholera ist genau so zu bekämpfen wie der Menschewismus.“

Wie denken sich das nun die bolschewistischen Machthaber? Sollen, eingedenk der Worte Lenins auf dem zehnten Kongress der kommunistischen Partei Rußlands: „Die Menschewisten sind in den Gefängnissen sorgfältig zu bewachen,“ auch die Cholerabazillen eingesperrt werden? Werden die außerordentlichen Kommissionen nun auch neben den Choerabazillen die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit verbieten? Werden die Kriegsgerichte und die sogenannten Revolutionstribunale nun auch die Cholerabazillen in Konzentrationslager sperren oder sie ins Exil schicken? Werden die Rotgardisten die Cholerabazillen im Gefängnis niedermeßeln, so wie sie vor zwei Monaten die Sozialisten in dem Butryl-Gefängnis in Moskau massakrierten? Oder werden sie die eingesperrten Bazillen verhungern lassen, wie es doch sonst in Sowjetrußland politischen Gefangenen gegenüber gebräuchlich ist?

Das Rote Kreuz verlangt gleiche Bedingungen wie Hoover.

Genf, 23. August.

Der Präsident der gemischten Kommission des internationalen Komitees des Rotes Kreuzes und der Liga der Rotkreuzvereine teilt mit: „Es versteht sich, daß die internationale Kommission für die Hilfsaktion in Rußland, die von der Konferenz der Rotkreuzvereine und verschiedener anderer Organisationen in Genf geschaffen wurde, auf keinen Fall in Rußland unter weniger günstigen Bedingungen handeln wird als wie Hoover verlangte.“

Griechenlands Absichten.

Athen, 23. August.

Auf eine Anfrage bezüglich der von „Daily Telegraph“ veröffentlichten Nachricht, daß die alliierten Regierungen bei der griechischen Regierung einen Schritt unternommen hätten, um die Absichten Griechenlands bezüglich der Friedensbedingungen zu erfahren, erklärte Sunari, daß er diese Nachricht weder bestätigen, noch dementieren wolle, Griechenland werde den Krieg weiterführen bis zur völligen Verwirklichung der erstrebten Ziele. Die Friedensforderungen Griechenlands seien gemäßig, jedoch den neuen Opfern, die dem Lande auferlegt worden seien, angemessen. Griechenland würde vor allen Dingen eine Grenzlinie verlangen, die ihm volle Verteidigung zu Lande sichern würde.

Friedensaussichten in Irland.

Dublin, 24. August.

Unter dem Vorsitz von Valeras ist die Exekutivkommission der Sinnfeiner zusammengetreten. Delegierte Englands und Irlands haben an der Sitzung teilgenommen. Man glaubt, daß der große Rat geneigt ist, die Bedingungen Lloyd Georges anzunehmen. Das Kabinett der sechs unabhängigen Grafen hat in Belfast eine Sitzung abgehalten, die drei Stunden dauerte.

Wer ist Fochs Bundesgenosse?

Weil das schöne Paris den Satz brachte, Deutschland werde nicht imlande sein, seine Verpflichtungen zu erfüllen, wenn es nicht auf den Finanzplan von Robert Schmidt zurückgreife, kommt nun die „Deutsche Tageszeitung“ auf den lustigen Einfall, die Sozialdemokraten als Bundesgenossen Fochs zu bezeichnen.

Es ist nicht nur die Sozialdemokratie, die für eine Politik der Erfüllung arbeitet. Für diese Politik arbeitet das Zentrum und arbeiten die Demokraten. Die Frage der Erfüllung der Goldwerte steht gewiß mit der Politik der Erfüllung im Zusammenhang, aber erst in zweiter Linie. Beim Kampf um die Erfüllung der Goldwerte handelt es sich in erster Linie um die gerechte Verteilung der Lasten. Hat die Sozialdemokratie in ihrem Kampf Erfolg, so wird das für die Pläne Fochs und seiner Leute recht wenig gut sein. Hat aber die Sozialdemokratie keinen Erfolg mit der Politik der Erfüllung und im Kampf um gerechte Steuern, dann blüht der Weizen des Generals Foch.

Ein Ordnungsruf an französische Soldaten.

Der Vorfall a Bahnhof Friedrichstraße Berlin, bei dem ein vandallierender französischer Soldat sich an einen Berliner Polizeiwachtmeister vergriß, hat eine Rundgebung von französischen Soldaten heraufbeschrieben.

Die französische Vertretung in Berlin hat von Paris Anweisung erhalten, den in Berlin (und wohl auch sonst in Deutschland) befindlichen französischen Soldaten einzuschärfen, daß sie sich Verordnungen der deutschen Behörden und den Anweisungen der Organe deutscher Behörden zu fügen haben. Die Vorschriften, die in Deutschland für den öffentlichen Verkehr gelten, seien auch von den in Deutschland befindlichen französischen Soldaten in jeder Hinsicht zu respektieren.

Es hat lange gedauert, bis man sich in Paris zu diesem vernünftigen Standpunkt durchgerungen hat. Nichtsdestoweniger wollen wir diesen Ordnungsruf an übermütige „Soldaten“ unserer Anerkennung nicht verweigern.

Die Verhandlungen im Versicherungsgewerbe gescheitert.

München, 24. August.

Wie die „Münchener Zeitung“ berichtet, sind die Einigungsverhandlungen im Versicherungsgewerbe gescheitert. Die Angeklagten hatten mit Rücksicht auf die Notlage vieler Kollegen eine Zulage von 35 bis 50 Prozent gefordert. Der Arbeitgeberverband wollte die Gehälter der männlichen Angestellten über 20 Jahre um 500, die Verheiratetenzulage um 1000 Mark in Jahre und die jährliche Kinderzulage um 250 Mark erhöhen. Nach Ablehnung dieses Angebots durch die Angestelltenvertreter wird vom Reichsarbeitsministerium die Einsetzung eines Schlichtungsausschusses verlangt. Eine vom Zentralverband der Angestellten einberufene Versammlung wies in einer Entschließung das Angebot als völlig unzureichend zurück und bezeichnete es als eine Verhöhnung der Angestellten.

Begnadigte Kommunisten.

Berlin, 25. August.

Der Reichspräsident, der kürzlich von 42 vom Naumburger Sondergericht verhängte Zuchthausstrafen vierzig in Gefängnisstrafen umwandelte, begnadigte auch 11 Verurteilte aus dem Eislebener Aufruhr, darunter fünf, bei denen das Sondergericht wegen gemeiner Verbrechen auf Zuchthausstrafe erkannt hatte. Von den 32 kommunistischen Rädelsführern des Eislebener Aufruhrs sind nur noch acht in Straßhaft.

Kommunistischer Parteitag.

F. Jena, 28. August.

(2. Tag, Vormittagssitzung.)

Die Italiener schieden ein Begrüßungstelegramm. Für das Exekutivkomitee der Moskauer Internationale hält K. Lapoff eine Rede in russischer Sprache. Er ist beglückt über die gestrige Ausschließung der drei „Renegaten“.

Ein oppositionelles Flugblatt.

Die Levi-Gruppe hat in der Nacht eine Flugchrift herstellen lassen mit dem Titel „Einigungs-Reinigungs-Parteitag“. In der Einleitung bezeichnet Levi das Ganze als Tschuwbabu innerhalb der Dritten Internationale. Er wiederholt, daß die Märzoffensive ein katastrophaler Fehler gewesen sei, den man jetzt in einen Fortschritt umflügen wolle. Die anarchistisch-bakuninistische Leitung in der W. R. P. D. sei nur in kleinem Grade schuldig. Schuld sei die Abenteuer-Politik des kleinen Bureaus der Exekutive. Der Name Levi sei der Exponent der alten kommunistischen Ideologie. Statt der reinigenden Hinauswerfung sollte man aussprechen, was ist, aber das zu sagen sei Disziplinbruch.

Referent Ernst Meyer verliest den schriftlichen Bericht der Zentrale und ergänzt ihn dahin, daß es größtenteils gelungen sei, die Arbeitslosen der W. R. P. D. zu entziehen.

In der Diskussion betont Schmidt-Hannover, Trotzki Moskauer Kongress habe rein ideologisch gewesen. Aus den bekehrten Moskauer Theesen müsse die W. R. P. D. den Wink entnehmen, sich als Massenpartei an die Spitze des Proletariats zu stellen.

Becker-Hamburg kritisiert gleichfalls Trotzki und die Theesen.

Der nächste Redner ist der blinde Dichter Schönlank-Halle, der auf die Tribüne geführt wird. Er warnt vor Opportunismus und RVPD-Einstellung. Der erste ist gestern erlebte worden. Je schärfer die Rechtstendenzen ausmergen, desto weniger wird es eine W. R. P. D. geben.

Friesland-Berlin wendet sich gegen die Kritik des Moskauer Exekutivkomitees an den Berliner. Er weist den Vorwurf zurück, daß „Schreiheulen“ in Berlin führen. Berlin habe zuerst Bedenken gegen die Märzaktion erhoben.

Malkahn (Gewerkschaftszentrale) erklärt namens der oppositionellen Delegation in Moskau, daß durch die von ihm gebilligten Kongressbeschlüsse

die Parteikritik noch nicht beendet

sei. Dazu gehört eine geistige Umstellung von der falschen Offensivtaktik weg, die zur Märzaktion geführt hat. Zu dieser Umstellung gehört guter Wille und Selbstprüfung. Ob dieser Wille auf dem Parteitag vorhanden ist, bezweifle ich.

Die Niederschönenfelder Festungsgefangenen schicken ein Begrüßungsschreiben. Nach dessen Verlesung tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung.

In der weiteren Diskussion wiederholt sich die Kritik an Trotzki Moskauer Referat. Neumann-Berlin (Gewerkschaftszentrale) spricht im Sinne Malkahns gegen die Offensivtaktik. Es ist nicht wahr, daß die Partei die Lehre aus der Märzaktion gezogen hat, und es ist eine Geschichtsklitterung, wenn die Zentrale sagt, daß das Auftreten der Leitgruppe verhindert habe, diese Lehre zu ziehen. Es kann jeder auftreten und rufen: „Heraus aus den Gewerkschaften, wir können sie nicht erobern!“ In Zukunft darf nicht mehr die Parole des bewaffneten Aufstandes an die Spitze der Aktion gestellt werden. Der Gesundungsprozess muß durchgeführt werden.

Siemert-Chemnitz: Wenn uns die Moskauer Theesen wichtiger erscheinen, als die Kritik der RVPD-Zentrale, so darf sie darum nicht glauben, daß die Mitglieder mit ihr vollauf zufrieden sind. Bei uns fürchten sich viel zu viele vor dem Wort „Opportunismus“.

Thälmann-Hamburg: Wir Arbeiter konnten in Moskau mit den Theoretikern nicht Schritt halten. Aber die Offensivtheorie gewisser Mitglieder der Zentrale machen wir nicht mit. Wo weniger Theorie und mehr praktischen Kampf.

Lara-Jekin: Nein, nicht weniger, sondern besser theoretisieren. In der entscheidenden Zentralauswahlsitzung sagte ein Befürworter der Offensivtheorie: Wir wollen uns das Gesetz des Handelns nicht von den Gegnern vorschreiben lassen. Diese selbstbewusste Partei soll sich einmütig fühlen gegenüber der Kritik an der Märzaktion? Diese Kritik galt nicht der Partei, sondern ihrer Zentrale.

Frau Wagner: Die Fehler der Märzaktion hätte man früher aufdecken sollen. Es ist falsch, aus der Krise einen Fall Levi zu machen, diese beruht auf prinzipiellen Gegensätzen.

Braß-Remscheid: Zur Beurteilung der „Offensivtaktik“ mußte eine geschlossene Partei auch schon vor dem Weltkongress kommen und durfte nicht durch Unterdrückungsmaßnahmen der Zentrale sich daran hindern lassen. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, wer das Vertrauen der Masse hat.

Weiterberatung Mittwoch 9 Uhr.

Der Geschichtsfälscher Ludendorff.

„Wir kämpften nicht um Landgewinn“.

In Frankfurt a. O. fand am 22. August ein „Regimentsappell“ des Leibgrenadier-Regiments 84 statt, einer jener militärischen Demonstrationen, an denen wir keinen Mangel leiden. Diese Veranstaltung erhielt ihre besondere Note dadurch, daß man sich Ludendorff als Sprecher verschrieben hatte, der die Gelegenheit benutzte, um eine persönliche Rechtfertigungsrede vom Stapel zu lassen. Dabei bewies Herr Ludendorff, daß er sich durch die Geschichtslügen seiner altdeutschen Leibblätter mit Erfolg hat befrachten lassen. Seine Rede stellt eine so ungeheuerliche Vergeßlichkeit der historischen Wahrheit dar, daß der entscheidendste Einspruch und die schärfste Brandmarke geboten ist. Nach dem Bericht der T. U. sprach Ludendorff mit besonders erhobener Stimme folgende Sätze:

Als wir 1914 in den Krieg gezwungen wurden, galt es, das Vaterland zu verteidigen. Kein deutscher verantwortlicher Mann hat ja den Krieg gewollt, und ich möchte hier besonders betonen, hier, wo ich zum ersten Male seit Kriegsende vor Soldaten zu sprechen Gelegenheit habe, daß ein Frieden mit dem Feinde während des ganzen Krieges nicht möglich war, weil der Feind unsere Vernichtung wollte, daß wir aber jeden Augenblick zum Frieden bereit waren. Wir kämpften um unser Dasein und unsere Ehre, nicht aber um Landgewinn.

„Wir waren jeden Augenblick zum Frieden bereit“ — „Wir kämpften nicht um Landgewinn“. Von wem spricht Herr Ludendorff eigentlich? Wenn man per „wir“ redet, so schließt der Sprecher sich selber ein. Herr Ludendorff behauptet danach von sich selber, er sei jeden Augenblick zum Frieden bereit gewesen, er habe nicht um Landgewinn gekämpft. Leidet Herr Ludendorff an Gedächtnisschwäche? Oder hält er die ganze Welt für einen großen Kriegerverein, der die plumpesten Lügen eines Generals mit den Händen an der Hofenacht für bare Münze nimmt? Derselbe Herr Ludendorff, der jetzt behauptet, nicht um Eroberungen gekämpft zu haben, hat am 15. September 1917 in einer Denkschrift an den Reichstanzler Michaelis wörtlich folgendes ausgeführt:

Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Vith fest in unserer Hand behalten. Daher sehe ich nur in der Einnahme durch das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen. Vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisches-französisches Heer noch weiter zurückziehen. Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich an uns so eng angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. — Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Besetzung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein.

So schrieb der Mann, der „nicht um Landgewinn“ kämpfte. Aber es muß noch ein Wort um den inneren Zusammenhang dieser Denkschrift gesagt werden. Sie steht im Zusammenhang mit dem Friedensvermittlungsschritt des Papstes. Der Papst mußte, daß seine Friedensvermittlung nur Erfolg haben konnte, wenn die deutsche Regierung einen klaren Verzicht auf Belgien ausspreche. Ludendorffs Denkschrift hatte den Zweck, die deutsche Regierung zu veranlassen, den Verzicht auf Belgien nicht auszusprechen. Daher jetzt: „Wir waren jeden Augenblick zum Frieden bereit.“ Ludendorffs Denkschrift wurde zusammen mit einem Schreiben Hindenburgs dem Reichstanzler übergeben. In diesem Schreiben Hindenburgs vom 15. September 1917 heißt es wörtlich:

Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten politischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein Schlag empfunden wird, der nur dann gemildert wird, wenn die auf der Euzellen der Marine zugestandenen Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff diese Kompensationen in Stichpunkten in und außerhalb unseres Kolonialreiches. (Daher jetzt: Wir kämpften nicht um Landgewinn. Red.)

Hindenburg verlangt weiter in seinem Brief genau wie Ludendorff die „wirtschaftliche Angliederung“ Belgiens, die mehrjährige Okkupation des ganzen Landes und die dauernde Annexion Lüttichs.

Aber das war nur das Hindenburg-Ludendorffsche Annexionsprogramm im Westen. Als im Osten das Königreich Polen geschaffen wurde, da war es wieder die Oberste Heeresleitung, waren es Hindenburg und Ludendorff, die ein breites Grenzgebiet polnischen Landes mit den wichtigsten Industriezentren und etwa vier Millionen Einwohnern für Deutschland vorweg verlangten. Im Frieden von Brest-Litowsk war es dann wiederum die Oberste Heeresleitung, die — in der Form der Schaffung von Vasallenstaaten — die Annexion der gesamten russischen Ostseeprovinzen bis zum finnischen Meerbusen durchsetzte, nachdem sich die Zivilregierung ursprünglich mit Kurland hatte begnügen wollen. Das Nähere ist darüber in dem Buch von Karl Friedrich Nowak „Der Sturz der Mittelmächte“ nachzulesen.

Wir verzichteten an dieser Stelle darauf, das Wort „Wir haben den Krieg nicht um Landgewinn geführt“ durch die Eroberungspläne anderer Leute, wie etwa durch die bekannte Eingabe der 6 Wirtschaftsverbände zu belegen, die bekanntlich netto 130 000 Quadratkilometer mit 18 Millionen Menschen annectieren wollten, oder durch die berühmten Verlagszeugnisse des altdeutschen Verlages J. F. Lehmann in München. Abzichtlich beschränken wir uns darauf, an dieser Stelle zu zeigen, was die Oberste Heeresleitung, was Herr Ludendorff persönlich an Annexionen und Eroberungen verlangt hat. Wenn er jetzt behauptet, nicht für Landgewinn gekämpft zu haben und jederzeit zum Frieden bereit gewesen zu sein, so untergräbt Herr Ludendorff selber die Reste seiner moralischen Stellung. Er kennzeichnet sich damit als die Quelle jener systematischen Wahrheitsverfälscherung, die das deutsche Volk zur Katastrophe geführt hat.

Propaganda-Filme.

Es hat seinerzeit Aufsehen erregt, daß ein deutscher Propagandafilm über die Verhältnisse im besetzten rheinischen Gebiet von der Film-Prüfungskommission verworfen und darauf von der Regierung eingezogen wurde. Der Film trug den Titel: „Die schwarze Schmach“ und behandelte in der Haupt-

sache das Thema der Antritte im Rheinlande befindlicher Regimentsabteilungen auf weiße Frauen.

Man wird die die Verwerfung des Films stützende Begründung der Filmstelle bekant. Der Tenor dieser Begründung geht dahin:

Die Tendenz des Films ist in keiner Weise zu verwerfen. Es war beabsichtigt, gegen Uebertreibungen einzelner Soldaten der Besatzungsheere Stimmung zu machen und insbesondere auch die Augen des zivilisierten Auslandes auf die Verhältnisse, die sich seit der Besetzung einzelner Teile des Rheinlandes durch französische Truppen herausgebildet haben, zu lenken. Aber der Film arbeitet mit Uebertreibungen und Verallgemeinerungen. Dieser Umstand ist nicht nur geeignet, die beabsichtigte Aufklärung wirkungslos zu machen, sondern das Gegenteil von dem Beabsichtigten hervorzurufen. Sah das Ausland, daß die in dem Film geschilderten Verhältnisse nicht völlig der Wahrheit entsprachen, dann wurden auch alle sonstigen deutschen Bemühungen erschwert, das Gewissen der Welt gegen Uebertreibungen der Alliierten wachzurufen. Auch der Umstand, daß diese Art Propaganda geeignet war, unser sich langsam besseres Verhältnis zu Frankreich zu stören, war für die Entscheidung der Film-Prüfungskommission mit von Belang.

Besserung des sächsischen Arbeits- und Wirtschaftsmarktes.

Dresden, 23. August.
Die allgemeine Arbeitslage in Sachsen stand auch im Monat Juli durchweg im Zeichen der Belebung des Arbeits- und Wirtschaftsmarktes. Besonders im Baugewerbe, aber auch in der Metall- und Textilindustrie ist die Zahl der Arbeitssuchenden, die Anfang Juli bei 63 Bericht gebenden Arbeitsnachweisen 57 272 betrug, Anfang August auf 46 520 gesunken. Diese Besserung erklärt sich nicht nur aus der günstigeren Jahreszeit, sondern hauptsächlich aus dem steigenden Beschäftigungsgrad der Industrie.

Aufbringung der Mittel für den Wohnungsbau in Lübeck.

Von Helmut Formin, Assessor am Wohlfahrtsamt.

Ohne uns durchweg damit einverstanden zu erklären, geben wir diesen Ausführungen umso lieber Raum, als die Lösung des Wohnungsproblems eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart ist. Auf die Frage der Besteuerung der Häuserwerte durch den Reichsfinanzminister werden wir bei der Besprechung der Steuer auf Goldwerte zurückkommen. In dieser Frage scheint Formin den Absichten der Befehlsgeber einer Goldwertbesteuerung nicht ganz gerecht zu werden. (Red. d. B.)

Unter den wichtigsten wirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart steht mit an erster Stelle die Belebung des Wohnungsbaues. Nur durch Neubauten kann die Wohnungsnot mit ihrem namenlosen Elend behoben werden. Nur durch Neubauten können die vielfach drückenden Bestimmungen der Wohnungszwangswirtschaft allmählich überflüssig werden. Warum wird nicht gebaut?

An Arbeitskräften und Material fehlt es zurzeit nicht. Es fehlt auch nicht an Kapital, wohl aber an Baufreudigkeit, welche bereit ist, das Baukonto bei den heutigen Baukosten auf sich zu nehmen. Deshalb kann heute nur durch öffentliche Stellen oder unter Gewährung öffentlicher Zuschüsse gebaut werden. Es kommt also darauf an, möglichst hohe Summen für diesen Zweck zur Verfügung zu bekommen. Lübeck hat dieses Jahr bekanntlich 10 Millionen Mark aufgewandt. Davon hätten ungefähr 300 bis 400 Wohnungsbauten ermöglicht werden können. Tatsächlich werden es aber weniger sein, da der Staat von einem Teil des Geldes selbst Wohnungen gebaut hat und dafür den doppelten bis dreifachen Betrag verbrauchte, als wenn er nur Zuschüsse an Baufreudige gegeben hätte.* Aber selbst 300 bis 400 Wohnungsbauten jährlich entsprechen nicht annähernd dem vorhandenen Bedarf. Vor dem Kriege wurden in Lübeck jährlich 500 bis 1000 neuerrichtete Wohnungen angeboten. Dieser Bedarf ist heute keineswegs geringer geworden, da die Vermehrung der Haushaltungen eher zu als abgenommen hat. Dazu kommt der Rückstand von 1500 bis 2000 Wohnungen aus den letzten sieben Jahren, während deren die Bauindustrie beinahe völlig ruhte. Um aus der Wohnungsnot einigermaßen herauszukommen, müßten auf Jahre hinaus mindestens 1000 Wohnungen jährlich hergestellt werden. Dazu wäre eine Summe von mindestens 30 bis 40 Millionen Mark jährlich erforderlich, wenn man Bauzuschüsse gibt, und entsprechend mehr, wenn der Staat selbst baut.

Es gilt aus dieser Erkenntnis die Folgerung zu ziehen und sobald wie möglich eine derartige Summe bereitzustellen. Wie ist dies zu bewerkstelligen? Seit man wieder anfängt, die Staatsfinanzen einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen, fragt man mit Recht danach, wie derartige Ausgaben gedeckt werden können. Ueber die Erörterung dieser Frage ist man jahrelang nicht hinausgekommen. Sie muß aber jetzt gelöst werden, wenn die Wohnungswirtschaft nicht vollständig zusammenbrechen soll.

An Vorschlägen für die Aufbringung der erforderlichen Mittel fehlt es nicht. So hat man vorgeschlagen, die Mittel durch Ausgabe eines besonderen Siedlungsgeldes aufzubringen; es sind Zuschüsse zur Einkommensteuer gefordert worden; ferner die Eintragung einer verzinlichen Zwangshypothek auf alle alten bebauten Grundstücke, endlich die Einführung der von den Bodenreformern schon lange geforderten Steuer vom gemeinen Wert des Bodens. Alle diese Wege haben gegenwärtig für Lübeck nur rein theoretischen Wert. Sie können mit Ausnahme des letzten nur vom Reich aus beschritten werden und für die Aufbringung der erforderlichen Mittel zur Belebung der Neubautätigkeit kommen sie sämtlich nicht in Frage, weil hier das Reichsgesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 28. 6. 1921 hindernde Vorschriften für die Länder, also auch für Lübeck, aufgestellt hat. Nach diesem Gesetz gibt es in absehbarer Zeit nur zwei Möglichkeiten in Lübeck, die oben erwähnte Summe von 30 bis 40 Millionen Mark aufzubrin-

gen. Beide gehen von dem Gedanken aus, daß die erforderlichen Mittel für die Ermöglichung der Neubautätigkeit von den Bewohnern der alten verhältnismäßig billig gebliebenen Häuser aufzubringen seien, und das Gesetz läßt den Ländern nur die Wahl, ob sie das Geld unmittelbar von den Bewohnern, d. h. den Eigenhausbesitzern und Mietern einziehen wollen (sogenannte Mietssteuer), oder von den Mietern durch Vermittlung der Miethausbesitzer (Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuern). Jeder dritte Weg ist zurzeit für Lübeck ungangbar. Das wird man bekauen; aber man muß damit rechnen, wenn man praktische Politik machen will. Hoffentlich erleben wir nicht wieder daselbe Schauspiel wie im vergangenen Frühjahr, wo sowohl der Neue Grundeigentümer-Verein wie auch der Mieterklub-Verein diese klare, ihnen von unterrichteter Seite wiederholt auch dargelegte Sachlage nicht einsehen wollten und mit Zähigkeit an Vorschlägen festhielten, deren Verwirklichung rechtlich unmöglich war. Insbesondere ist es den Ländern durch die §§ 2 und 9 des Landessteuergesetzes vom 30. 3. 1920 ausdrücklich untersagt, bei Steuern, die sie erheben, die persönliche Leistungsfähigkeit des Besteuerten, also insbesondere sein Einkommen, irgendwie zum Merkmal der Besteuerung zu machen, weil das Reich sich jede Art Besteuerung nach dem Einkommen unter allen Umständen vorbehalten wollte. Dadurch, daß die genannten Vereine trotzdem an ihren Gedanken festhielten, die Mittel durch einen Zuschuß zur Einkommensteuer aufzubringen, haben sie sich selbst an jeden Einfluß auf die Gestaltung der erforderlichen Steuer gebracht und ihre Proteste gegen die durchaus sachgemäße Behandlung der Angelegenheit in der Bürgererschaft müßten ungehört verhallen. Es ist dringend zu wünschen, daß bei der neu bevorstehenden Entscheidung über Aufbringung der erhöhten Mittel die Sachkenntnis und wirtschaftliche Erfahrung der beteiligten Mieter- und Vermietersreife nicht wieder durch ihre eigene Schuld ausgeschaltet wird, sondern der Ausarbeitung der neuen Bestimmungen zugute kommt.

Die praktische Frage, die zu lösen ist, ist also die: Werden die erforderlichen Beträge am besten durch eine sogenannte Mietssteuer von den Bewohnern der einzelnen Wohnungen direkt eingebracht, oder in Form einer erneuten Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer von den Hausbesitzern, welche sie dann in Form eines Mietszuschlages auf die Mieter abwälzen können?

Worin liegt der Unterschied zwischen diesen beiden Wegen? Er liegt nicht darin, daß der eine sozialer wäre als der andere. Die Verteilung der Ausgaben auf die Inhaber der einzelnen Wohnungen wird in beiden Fällen nach dem Mietwert der Wohnungen erfolgen, so daß das Verhältnis in der Belastung der großen und wertvollen und der kleinen und billigen Wohnungen beide Male das gleiche sein wird. Im Verhältnis zu einer Zuschlagsteuer zur Einkommensteuer sind allerdings beide hier geschilderten Wege sozial, weil sich der Preis der Wohnungen nicht im gleichen Verhältnis zu erhöhen pflegt, wie das Einkommen. Vielmehr entfällt bei geringerem Einkommen ein viel höherer Anteil auf die Bestreitung der Miete, als bei hohem Einkommen. Aber wie oben dargelegt, kommt eine Staffelung der Wohnungsabgaben nach dem Einkommen praktisch nicht in Frage. Eine gewisse Erleichterung für besonders bedürftige Wohnungsinhaber sieht der § 10 des Reichsgesetzes vor und zwar für beide Arten der Steuererhebung. Die Abgabe wird danach auf Antrag erlassen, wenn der Betroffene nicht über ein Mindesteinkommen verfügt, oder wenn die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit des Abgabenschuldners eine besondere Härte bedeuten würde. Hierzu müßte in der Lübeckischen Ausführungsordnung unbedingt noch eine Ausnahmebestimmung zugunsten kinderreicher Familien kommen, weil diese oft der großen Kopfzahl wegen eine größere Wohnung brauchen, deren Miete außer Verhältnis zu ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit steht.

(Schluß folgt.)

Volkswirtschaft.

Hamburg, 24. August.

Die Butterpreise halten sich auf der gleichen Höhe. In der heute in Hamburg stattgefundenen Auktion der Meierei-Verbände für Schleswig-Holstein waren rechtliche Zufuhren vorhanden; Käufer waren in großer Anzahl erschienen, doch herrschte namentlich zuerst nicht so rege Kauflust wie sonst. Die Preise bewegten sich von 27,20—28,25 für das Pfund gegen 27,00—28,25 in der Vorkauktion.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 24. August.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
		24. August.	23. August.
Holland	100 fl.	2662.50	2745.—
Kopenhagen	100 Kr.	1442.50	1467.50
Stockholm	100 Kr.	1852.50	1897.50
Kristiania	100 Kr.	1150.—	1172.50
Helsingfors	100 Finn. Mk.	127.75	130.—
Schweiz	100 Frs.	1452.50	1492.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	10.25	10.25
Budapest	100 K.	22.50	22.75
Prag	100 K.	108.25	103.—
Spanien	100 Peseta.	112.50	1135.—
London	1 £	317.25	324.75
Paris	100 Frs.	659.—	659.—
Belgien	100 Frs.	652.—	672.—
Italien	100 Lire	367.—	375.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	86.12	88.75
do. briefl. Ausz. od. Scheck		86.12	88.50
Bukarest	100 Lei	105.—	110.—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 23. August 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunfts-ort	Fahrzeit	Lage
D.	S.	Lärman	Möller	Gothenburg	5	5
D.	S.	Gertrud	Leitkötter	Gms	1	1
D.	S.	Erpreis	Davidsen	Rödfor	12	12

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Eber; für Statistik Lübeck und Neustadt Hermann Bauer; für Handel und Gewerbe August Schulz; für Inserate Patrick Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Käse

pikant, fett (5618)
 Pfund 8,50 Mtr.
Limburger Vollfett
 Pfund 12 Mtr.
 Ia. Fettkäse, Pfd. 13 M.
A. Weiß
 Untertrave 58.

Möbel

Polsterwaren, Spiegel,
 Herren-Muzige,
 Manufaktur-Waren
 auf **Kredit**.
 Anzugstoffe
 mit Futter (5616)
 von 800 Mtr. an.
 Kisten, Holsten-
 str. 17, 1.

Eimerbier

Freitag von 4-6 Uhr.
 5640 Hermann Stamer.

Billig! Billig!

Käse

1 Partie alten Goltsteiner
 Käse, gut im Geschmack.
 Pfund 5 Mk. 5649

Fritz Seck,
 Dankwartsgrube 65.

Billig! Billig!

Holländ. Schinken

per Pfd. 15 Mtr. (5619)
 sind noch immer vorräthig
 Schwönekquerstr. 15.

Wir bringen

einen großen Posten

**Kinder-, Mädchen-,
 Knaben- u. Herren-Stiefel**
 enorm billig zum Verkauf

Größe 27-30	75⁰⁰	Rindbox in allerbesten Verarbeitung
Größe 31-35	85⁰⁰	
Knaben 36-39	120⁰⁰	
Herren 40-46	148⁰⁰	

Auf sämtliche braune Damen-, Herren-
 und Kinder-Stiefel 10 Prozent Rabatt.

W. Blumenthal

Kohlmarkt und Sandstraße. (5650)

Neuer Seeweg

Ostsee BÄDERN

mit Salonschnelldampfer „Grille“
 des Norddeutschen Lloyd Bremen

Von **Lübeck-
 Travemünde**
 nach **Timmendorfer Strand
 Scharbeutz
 Grömitz-Dahme
 Arendsee-Brunshaupten
 Heiligendam
 Warnemünde**
 und zurück

Von **Swinemünde
 nach Zoppot und Danzig**
 Regelmäßige Fahrten nach besonderem Fahrplan

Fahrkarten, Fahrpläne und kostenlose Auskunft an
 Bord des Dampfers, bei den Vertretungen des Nord-
 deutschen Lloyd, allen Lloyd-Reisebüros und den
 Fahrkartenausgabestellen des Mitteleuropäischen
 Reisebüros und des Weltreisebüros Union, Berlin W.
 Unter den Linden

**Norddeutscher Lloyd
 Bremen**
 Abteilung Seebürodienst

(5620)

Kommunistische Jugend.

Am Freitag, dem 26. August, spricht abends
 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschafts-
 hauses der Jugendgenosse

K. Brodmöller über das Thema:

„Bürgerliche und proletarische Jugendorganisation“.

Jeder junge Arbeiter, jede junge Arbeiterin und die
 gesamte erwachsene Arbeiterschaft muß zu dieser Ver-
 sammlung erscheinen. (5641)

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Donnerstag, 25. August, abds. 7 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus,

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Unsere Forderungen vor und nach der Revolution.
 Redner: Gen. Fr. Mehrlein.
2. Aussprache.
3. Wahl der Delegierten zum Parteitag.
4. Mitteilungen des Vorstandes.

(5598)

Deutscher Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.
Berammlung
 der (5642)
**Roll- und Block-
 wagenführer**
 am Freitag, dem 26. August
 abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
**Bericht der
 Lohnkommission.**
 Die Ortsverwaltung.



Arbeiter-
 Turn- u.
 Sport-
 Verein
 Lübeck.

Die wegen Regen aus-
 gefallene

Nachtour

nach

Pansdorf, Travemünde
 findet am Sonnabend, dem
 27. August statt.
 Abmarsch abends 8 Uhr
 vom Vereinslokal, Gunde-
 straße 41.

Der Turnwart.
 NB. Weißer Anzug.

Hansa-Theater

8 Uhr. Täglich 8 Uhr.
Karl Scherber
 Universalintertier
 und das (5692)
 übrige großartige
 Programm.

Stadtheater Lübeck.

Donnerstag, 25. Aug. 7 Uhr.
Wallenfels Lager,
 Die Piccolomini I. Teil.
 4. Ab.-Vorst. Best. D.
 Donnerstag, 26. Aug., 7.30 U.
 1. Volkstüm. Konzert im
 Kolosseum. Donn.-Ab.
 Solistin: Fr. Bruhn.
 Freitag, 26. Aug. 7.30 Uhr.
Cavalleria rusticana, (5626
 hierauf: Der Bajazzo.
 4. Ab.-Vorst. Best. D.
 Sonnab., 27. Aug., 7.30 U.:
Hoffmanns Erzählungen.
 2. Vorst. i. Sonnab.-Abonn.
 Sonntag, 28. Aug., 2.30 U.
 2. B. f. d. Arb.-Bildungss.
Sin Sommerstraum.
 Einzeltartenverkauf an der
 Theaterkasse.
 Sonntag, 28. Aug., 7.30 U.:
Cavalleria rusticana,
 hierauf: Der Bajazzo.

Neu eingetroffene Waren

zum Teil Reichsware!

Rohnessel	Mtr. 9.95	8.95
Mantelstoff, Flausch, 130 cm	Mtr.	43.50
Hemdentuch	Mtr. 12.95	11.90
Feldgrau Militär-Drell	Mtr.	16.95
Wb. Körper für Kindertücher	Mtr.	9.50
Schwere Bettlakenstoffe	Mtr. 39.50 32.—	29.50
Oxford für Männer-Hemden	Mtr.	16.95
Handtuch-Drelle	Mtr. 13.—	9.50
1 gr. Posten Militär-Drell-Hosen grau und blau		55.00
1 gr. Posten Militär-Drell-Jacken grau und blau		55.00
1 Posten blaue Körper-Hosen		28.00
1 „ gestreifte Drell-Hosen		55.00
Buckskin-Hosen	39.50	29.50
Einzelne Jacketts für Herren, auf Futter	89.50	59.50
Herren-Unter zum Ausschauen		75.00
Kopftücher reine Wolle	10.00	3.50
Reinwollene Flanel-Hemden		79.50

Johannes Holst

Lübeck, (5637)
 Markt 6. Kohlmarkt 6.



Werfen Sie
 ein Auge
 auf den mit **Javalin**
 geputzten Stiefel und Sie entschei-
 den sich für diese Marke
 Ueberall zu haben.

Gen.-Fabrik Gebr. Meyer Hamm-Ricklingen

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**
 Telefon 798. Marktstraße 1. (5622)

Freitag nachmittag von 4-6 Uhr
 Abgabe von

ger. Mettwurst Pfd. 15 u. 16 Mk.

(etwas fehlerhaft).

Norddeutsche Fleischwarenfabrik.
 Dobbertin & Co., Lübeck. (5656)

Wohltätigkeits-Lotterie

des Landeskräfterverbandes Lübeck.

Ziehung bestimmt 31. August.

Hauptgewinne: (5698)

- 1 Wohnzimmer-Einrichtung im Werte von 3000 Mk.
- 1 Schlafzimmer-Einrichtung „ „ „ 2000 Mk.
- 1 Kinder-Einrichtung „ „ „ 1000 Mk.

Lose à 3 Mk. sind noch zu haben bei

Hermann Kersten, ab. Huxstr. 8.

Der Pupp doktor

heilt jede kranke Puppe.
 5628 E. Hertel, Huxstr. 74

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut
 ihre Arbeitskleidung
 bei (5624)

Otto Albers

Markt 4 Kohl. 10
 Mgl. d. R.-Spary: Dubeca

Zur Mühle

Bedergrube 61.

Prima markenfreies (5651)

Weizenmehl Pfd. 3.75

Pa. Roggenfeinmehl 3.25

Feinste Hafersfloren \$ 4.20

Feinster Weizenpulver 3.75

Grobes Weizenmehl \$ 3.25

Weißer großer Grieß \$ 3.25

Ruchensackmehl \$ 3.25

Bacodist \$ 4.—

Visitenkarten

liefern **Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

Wir sind billig!

Kofftüme	1200.00,	250.00,	95.00
Röde	200.00,		38.00
Blusen	180.00,		36.00
Herrenanzüge	1200.00,		425.00
Knabenanzüge	275.00,		78.00
Manchesterhosen	132.00,		125.00

Ehlers & Reetwisch

Ecke Holstenstr. St. Petri 2 u. 4.

Starke Arbeitsstiefel 141.00

Schaffstiefel 200.00. (5646)

Achtung, Bauarbeiter!

Wendet auf die Bekanntgabe (5948)
 der **Baustellen, die bewilligt
 haben und der liegenden
 Baustellen.**

Es ist Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters,
 den Bauern und Bauern in ihrem Kampfe um ihr
 Leben zu unterstützen.
 Der Vorstand

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 25. August.

Meine Indexziffern.

In der Magdeburger „Volksstimme“ stellt eine Genosin nachfolgende Rechnung auf, deren Ziffern mit wenig Veränderungen überall zutreffen und die insbesondere die volkswirtschaftlichen Kenntnisse der Herren Unternehmer bereichern sollte:

Als einfache Arbeiterfrau hatte ich meinen Mann gebeten, mir den Begriff „Indexziffern“ zu verdeutlichen. Ich muß gestehen, ganz habe ich ihn nicht erfassen können, aber begriffen habe ich, daß die Statistiker damit zahlenmäßig die Preisveränderungen feststellen. Es soll danach eine Steigerung von 17 Prozent eingetreten sein. Dies konnte ich nicht zugeben, weil mir bewußt war, daß ich viel mehr für die notwendigen Lebensmittel zahlen muß. Um dies zu ergründen, habe ich die Preise von früher (vor wenigen Wochen) mit den jetzigen verglichen und dabei festgestellt, daß eine Steigerung der Preise um 32,10 Prozent eingetreten ist. Als mein Mann abends heim kam, legte ich ihm meine Liste vor:

Table with 4 columns: alte Preise, jetzige Preise, Steigerung, and a sub-column for 'alte Preise'. Rows include Fleisch, Butter, Schmalz, etc.

32,18 Prozent: 130,65 171,25 40,60

Er rechnete und prüfte und mußte endlich fleilaut ausgehen, es stimmt.

Meine „Indexziffern“ können von jeder Genosin nachgeprüft werden. Sie sind eher zu niedrig als zu hoch aufgezichnet. Die Preise beziehen sich auf Waren geringster Qualität, so wie sie nur in Arbeiterkreisen gekauft werden können. Mit Recht bemerkte mein Mann: „Deine Liste ist lüdenhaft, lange nicht alles hält Du erkauf!“ Die Preiserhöhung für Kohlen, Grundtols, Nähgarn, Strumpfwolle, Obst usw. ist unberücksichtigt geblieben und er hatte recht.

Wenn wir auf einem Spaziergang an einem Obsthändler vorbeigehen, blüht mir das Herz, denn ich weiß, wie gern die Kinder Obst essen mögen und wie gut es ihrer Gesundheit dienen würde. Alles muß man sich und den Seinen versagen.

Ich habe Pfund- und Stückpreise angenommen. Mein Mann mußte zugeben, daß ich statt 200 Mark nunmehr 265 Mark Wirtschaftsgeld pro Woche haben müßte. „Das kann ich Dir nicht geben“, war seine sorgenvolle Antwort. „Die Arbeitgeber wollen nur 10 Prozent Lohnerhöhung gewähren, und glauben, uns noch etwas zu schenken. Vor einigen Wochen sprachen sie noch vom Lohnabbau!“

Genossinnen! Der Kampf der Gewerkschaften und Partei für unsere Erhaltung ist furchtbar hart, ich glaube, er ist noch niemals so schwer gewesen wie jetzt. Denn wenn schon mein Mann den Kopf voller Sorgen hängen läßt, der noch nie verzagte, dann weiß ich, muß es schlimm um unsere Zukunft bestellt sein. Darum Genossinnen, helft mit den Kampf führen, macht eure Männer nicht müßlos durch Reizen und Zagen. Sorgt dafür,

daß Partei und Gewerkschaften einig und stark bleiben, wir haben es nötiger denn je. Denn ohne diese sind wir überhaupt verloren.

Auf die außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins heute abend sei nochmals hingewiesen. Genosse Mehrlein spricht über die Justiz vor und nach der Revolution. Ferner findet die Wahl der Delegierten zum Parteitag statt. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Achtung, Uba! Freitag abend 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine wichtige Vorstandssitzung statt.

Den Vorsitz im Senat hat Bürgermeister Dr. Neumann wieder übernommen.

Die Wölfe im Schafpelz. Da den Kommunisten in den Städten die Anhänger immer mehr schwinden, teils werden sie vernünftig und kehren wieder in die Gewerkschaften zurück, teils gehen sie hin, wo sie hergekommen sind, werden wieder gelb oder indifferent, verlegen sie die Agitation aufs Land. Der kommunistische „Hörsaal“ wird über die Wühlereien der Mostauflüger in Mecklenburg und in der Umgegend Lübecks von hier geschrieben, daß der auf 150 Gütern ausgebrochene Streik darum verloren ging, weil ihn der Deutsche Landarbeiterverband nicht unterstützte. Zahlreiche Landarbeiter sollen darüber so erbost sein, daß sie von der SPD. zum BVPD. übergetreten sind. Dieser Übergang soll nach diesem wahrheitsliebenden Lübecker Berichterstatter nicht nur im Mecklenburgischen, sondern auch im Lübeckischen vorhanden sein. Lüge und List waren die Mittel, die angewandt wurden, um die Landarbeiter für die kommunistische Partei zu gewinnen. Lüge und List ist es auch, die nach Beendigung des Kampfes weiter angewandt wird. Die Landarbeitersstreiks sind bekanntlich nicht verloren gegangen; wenn man auch nicht alle Forderungen durchsetzen konnte, so wurden doch mancherlei Fortschritte und Verbesserungen erreicht. Verloren gingen nur die Streiks, die von den Kommunisten in verbrecherischer Weise zu politischen Zwecken angezettelt wurden. Als später den Landarbeitern die Augen aufgingen, erklärten sie: Wir sind hineingeleitet worden und von dem kommunistischen Bahnnummern gründlich kurziert. Wenn den Landarbeitersstreiks nicht überall ein voller Erfolg beschieden war, so liegt das vor allem an dem verbrecherischen Treiben der Moskowiter, die die Einigkeit der Arbeitererschaft untergraben und somit den Unternehmern den größten Dienst erwiesen haben. Wir sind überzeugt: Die Ultraradikalen werden bei den Landarbeitern eheisowenig Glück haben, wie sie es in den Städten bisher hatten.

Außerordentliche Beihilfe an langfristige Erwerbslose. Bekanntheit beantragte Genosse Dreger kürzlich in der Bürgerschaft, die vorgesehene außerordentliche Beihilfe an langfristige Erwerbslose zu erhöhen und auf einen größeren Kreis auszuweihen. Der Antrag wurde damals an einen Ausschuss verwiesen, der nunmehr folgende Veränderungen vorschlägt: Als Stichtag gilt der 15. Juli. Für Erwerbslose ohne Unterchied des Geschlechts im Alter von über 16 bis 21 Jahre antritt 300 Mk. 250 Mk.; über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, anstatt 400 Mk. 300 Mk.; über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, anstatt 500 Mk. 400 Mk. Erwerbslose Ehegatten anstatt 600 Mk. 500 Mk. Zum Ausgleich von Härtefällen wird ein Dispositionsfonds in Höhe von 35 000 Mk. anstatt 50 000 Mk. zurückbehalten. Die übrigen Punkte bleiben unverändert.

Instandsetzung von Baracken. Bei der Besichtigung der Baracken an der Ziegel-, der Wacht- und der Trappenstraße durch ein vom Mieteinigungsamt eingesetzte Kommission sind eine Reihe von Instandsetzungsarbeiten für erforderlich erachtet worden. Es handelt sich vornehmlich um die Abdichtung und das Verputzen von Wänden, die Regulierung und Reinigung der Straßengräben, die Verbesserung der Uebergänge zu den Wohnungen und die Klolierung der Baracken gegen aufsteigende Grundfeuchtigkeit. Die Ausführung der Arbeiten ist notwendig, um die Baracken in einem benutzbaren Zustande zu erhalten. Die Finanzbehörde hat sich

für die Instandsetzung der Baracken ausgesprochen. Der Senat ist dieser Empfehlung beigetreten und stellt demgemäß zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß der Baubehörde für die Ausführung von Instandsetzungsarbeiten in den Baracken an der Ziegel-, der Wacht- und der Trappenstraße der Betrag von 10 200 Mark zur Verfügung gestellt werde.

Nachbewilligung für das Polizeiamt. Das Polizeiamt hat beantragt, die ihm im Rechnungsjahr 1920 entstandenen Mehrausgaben im Gesamtbetrag von 491 165,13 Mk. nachzubewilligen. Der Senat ist nach den gemachten Darlegungen bereit, dem Antrage zuzustimmen, und stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß dem Polizeiamt zur Deckung der im Rechnungsjahr 1920 entstandenen Mehrausgaben nachbewilligt werden: Schutzmannschaft und Kriminalpolizei: Sachliche Kosten 17 681,85 Mk. Sicherheitspolizei: Sachliche Kosten 441 789,67 Mk. Hafen- und Schiffsüberwachungsdiens: Sachliche Kosten 885,55 Mk. Gesundheitsamt: Sachliche Kosten 881,88 Mk. Hauptpostamt: Persönliche Kosten 180,45 Mk. Maß- und Gewichtspolizei: Persönliche Kosten 106,88 Mk. Waisenhauskassette: Persönliche Kosten 9 485,80 Mk., sachliche Kosten 347,67 Mk. Fischereipolizei: Hebung und Beaufsichtigung der Fischerei im Hageburger See und in der Wakenik 5 880,27 Mk. Seemannsamt: Sachliche Kosten 491,26 Mk. Markt- und Untersuchungsgefängnis: Sachliche Kosten 10 118,64 Mk. Fußbadaanstalten Falkenwiese, Markt um: Persönliche Kosten 50,90 Mk. Sachliche Kosten 885,02 Mk. und daß der Gesamtbetrag von 491 165,13 Mk. auf Abschnitt XIX des Haushaltsplans angewiesen werde.

Tagesordnung für die Bürgerschaftsversammlung am Montag: 1. Nachbewilligung für die Baubehörde. 2. Nachbewilligung für die Gerichtsbehörden. 3. Verstärkung der Unterhaltungskosten für die Marktlaternen. 4. Bedarfsplan für Trauermünde. 5. Nachbewilligung für den Landarmenverband. 6. Nachbewilligung für den Ortsarmenverband Lübeck. 7. Nachbewilligung für die Behörde für das Feuerlöschwesen. 8. Nachbewilligung für das Polizeiamt. 9. Bewilligung von Mitteln zur Einführung von Spülaborten. 10. Anschaffung von Lohm- und Holzmaschinen. 11. Instandsetzung von Baracken. 12. Erhöhung der Lohnsätze für das Personal der Lübecker Straßenbahn. 13. Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 14. Erlaß von Nachträgen zu den Pensionen- und Hinterbliebenengeldern. 15. Regelung der Besoldungsverhältnisse der Angestellten. 16. Staatsbeihilfe für die kaufmännische Fortbildungsschule. 17. Entwurf eines Gesetzes, betr. das kaufmännische Berufs- und Nachschulwesen. 18. Änderung des Gewerbesteuergesetzes. 19. Neuefestsetzung der Gebühren der Verwaltungsbehörden. - Antrag von Dreger, betr. außerordentliche Beihilfe an langfristige Erwerbslose.

Briefsendungen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada und Südafrika über England können mit der werktäglichen Flugpost Berlin-(Hamburg)-Bremen-Amsterdam-London, Abflug Berlin 7,30 Uhr vorm., Hamburg 9,15 Uhr vorm., Bremen 10,45 Uhr vorm., Ankunft London 5,25 Uhr nachmittags beschleunigt an den Abgangshafen gebracht werden. Der Flugzuschlag beträgt für Postkarten 40 Pf., für Briefe 40 Pf., für je 20 Gramm und für sonstige Briefsendungen 1 Mark für je 50 Gramm. Die Sendungen erreichen bei regelmäßigem Flugverkehr die am folgenden Tage von Southampton und Liverpool abgehenden Dampfer. Die Abgangstage der Schiffe können bei den Postanstalten erfragt werden und sind auch aus der monatlich vom Reichspostministerium herausgegebenen Zeitübersicht für Briefsendungen nach außereuropäischen Ländern ersichtlich.

Die Kunstausstellung in der Nordischen Woche. Drei wichtige Vorführungen bildender Kunst sollen in Lübeck zum 1. September veranstaltet werden und bis Ende des Monats geöffnet bleiben. Interessant ist vor allem der Typus der Ausstellungen. Sie stellen kein buntes Gemisch dar, wie wir es bei der üblichen Sommerparade in den großen Ausstellungspalästen gewohnt sind, sondern fügen sich streng einer beherrschenden Idee. Wichtig für Deutschland ist vor allem die große N o l d e - A u s s t e l l u n g in der Katharinen-Kirche. Sämtliche religiösen Bilder des Künstlers — MUSEEN und Privatleute haben ihre Schätze beigetragen — sind hier zum erstenmal vereint und wirken in dem feierlichen Rahmen der schlichten, weiß getünchten gotischen Kirche wie Andachtsbilder des Mittelalters. Bruchstücke

Kleider machen Leute.

Erzählung von Gottfried Keller.

6. Fortsetzung.

Als beide Jügel gleichzeitig auf dem Blase vor dem Gasthause aufzuführen, gab es demnach einen geräuschvollen Auftritt und ein großes Gedränge von Menschen und Pferden. Die Herrschaften von Goldach waren überrascht und erstaunt über die abenteuerliche Begegnung; die Selbwylter dagegen stellten sich vorerst gemächlich und freundschaftlich beiheiden. Ihr vorbortler Schlitzen mit der Fortuna trug die Inschrift „Leute machen Kleider“ und so ergab es sich denn, daß die ganze Gesellschaft lauter Schneidersleute von allen Nationen und aus allen Zeitaltern darstellte. Es war gewissermaßen ein historisch-ethnographischer Schneidersfestzug, welcher mit der umgehenden und ergänzenden Inschrift abschloß: „Kleider machen Leute!“ In dem letzten Schlitzen mit dieser Ueberschrift saßen nämlich, als das Werk der vorausgehenden heidnischen und christlichen Rathbesessenen allerart, ehrwürdige Kaiser und Könige, Ratsherren und Stabsoffiziere, Prälaten und Stiftsdamen in höchster Grandität.

Diese Schneiderwelt mußte sich gewandt aus dem Wirtshaus zu ordnen und ließ die Goldbacher Herren und Damen, das Brautpaar an deren Spitze, beiseite ins Haus spazieren, um näher die unteren Räume derselben, welche für sie bestellt waren, zu besehen, während jene die breite Treppe empor nach dem großen Festsaale raufstiegen. Die Gesellschaft des Herren Grafen fand dies Benehmen schändlich und ihre Ueberraschung verwandelte sich in Heiterkeit und beifälliges Lächeln über die unverwiltliche Laune der Seldwylter; nur der Graf selbst hegte gar dunkle Empfindungen, die ihm nicht behagten, obgleich er in der jetzigen Voreingenommenheit seiner Seele keinen bestimmten Argwohn verspürte und nicht einmal bemerkt hatte, woher die Leute gekommen waren. Melchior Böhm, der seinen Leich Bethesda sorglich beiseite gebracht hatte und sich aufmerksam in der Nähe Strapinstis befand, nannte laut, daß dieser es hören konnte, eine ganz andere Ortschaft als den Anbringungsort des Mastenzuges.

Bald saßen beide Gesellschaften, jeztliche auf ihrem Stadelwerke, an den gebeckten Tafeln und gaben sich frühlichen Gesprächen und Scherzreden hin, in Erwartung weiterer Freuden.

Die künftigen sich denn auch für die Goldbacher an, als sie paarweise in den Tanzsaal hinüberschritten und dort die Musiker schon ihre Geigen stimmten. Wie nun aber alles im Kreise stand und sich zum Reichen ordnen wollte, erschien eine Gesandtschaft der Seldwylter, welche das freundschaftliche Geseh und Anerbieten vortrug, den Herren und Frauen von Goldach einen Besuch abstatten zu dürfen und ihnen zum Erzählen einen Schautanz aufzuführen. Dieses Anerbieten konnte nicht wohl zurückgewiesen werden; auch versprach man sich von den lustigen Seldwylern einen tüchtigen Spaß und letzte sich daher nach der Anordnung der besagten Gesellschaft in einem großen Saalraum, in

dessen Mitte Strapinsti und Netzen hängten gleich fürstlichen Sternen.

Nun traten allmählich jene besagten Schneiderrgruppen nacheinander ein. Jede führte in zierlichem Gebärdenpiel den Satz „Leute machen Kleider“ und dessen Umkehrung durch, indem sie erst mit Umsicht irgend ein statliches Kleidungsstück, einen Fürstenmantel, Briesterlatar und dergl. anzufertigen sahen und sodann eine dürftige Person damit bekleidete, welche, ursprünglich umgewandelt, sich in höchstem Ansehen aufrichtete und nach dem Takte der Musik feierlich einherging. Auch die Tierfabel wurde in diesem Sinne in Szene gesetzt, da eine gewaltige Krähe erschien, die sich mit Pfauenfedern schmückte und quakend umherhäufte, ein Wolf, der sich einen Schafspelz zurechtzuschneiderte, schließlich ein Esel, der eine furchtbare Löwenhaut von Werk trug und sich heroisch damit drapierte, wie mit einem Karbonatmantel.

Alle, die so erschienen, traten nach vollbrachter Darstellung zurück und machten allmählich so den Halbkreis der Goldbacher zu einem weiten Ring von Zuschauern, dessen innerer Raum endlich leer ward. In diesem Augenblicke ging die Musik in eine wehmütige ernste Weise über und zugleich beschritt eine lekte Erscheinung den Kreis, dessen Augen sämtlich auf sie gerichtet waren. Es war ein schlanker junger Mann in dunkel Mantel, dunkeln schönen Haaren und mit einer polnischen Mütze; es war niemand anders als der Graf Strapinsti, wie er an jenem Novembertag auf der Straße gewandert und den verhängnisvollen Wagen bestiegen hatte.

Die ganze Versammlung blickte gespannt auf die Gestalt, welche feierlich schmerzmütig einige Gänge nach dem Takte der Musik umher trat, dann in die Mitte des Ringes sich begab, den Mantel auf den Boden breiende, sich schneidermäßig dazwischen niederlegte und anfang ein Bündel auszupacken. Er zog einen beinahe fertigen Grafenrod hervor, ganz wie ihn Strapinsti in diesem Augenblicke trug, näherte mit großer Hast und Geschicklichkeit Troddeln und Schnüre darauf und bügelte ihn schulgerecht aus, indem er das scheinbare heiße Bügeleisen mit nassen Fingern prüfte. Dann richtete er sich langsam auf, zog seinen fadenhäutigen Rod aus und das Prachtkleid an, nahm ein Spiegelchen und kämmte sich und vollendete seinen Anzug, daß er endlich als das leibhaftige Ebenbild des Grafen dastand. Unversehens ging die Musik in eine rasche, mutige Weise über, der Mann wickelte seine Siebenfachen in den alten Mantel und warf das Pack weit über die Köpfe der Anwesenden hinweg in die Tiefe des Saales, als wollte er sich ewig von seiner Vergangenheit trennen. Hierauf beging er als stolzer Weltmann in statlichen Tanzschritten den Kreis, wie und da sich vor den Anwesenden hübsch verbeugte, bis er vor das Brautpaar gelangte. Plötzlich saß er den Boden, ungeheuer überrascht, fest ins Auge, stand als eine Säule vor ihm still, während gleichzeitig wie auf Verabredung die Musik aufhörte und eine fürchterliche Stille wie ein kummer Blü einfiel.

„Ei, ei, ei!“ rief er mit weithin vernehmlicher Stimme und reichte den Arm gegen den Unglücklichen aus, „sieh da den Bruder Schlesier, den Wasserpolaken! Der mir aus der Arbeit gelaufen

ist, weil er wegen einer kleinen Geschäftschwankung glaubte, es sei zu Ende mit mir. Nun es freut mich, daß es Ihnen so lustig geht und Sie hier so frühliche Fastnacht hatten! Stehen Sie in Arbeit zu Golbach?“

Zugleich gab er dem bleich und lächelnd dastehenden Grafenlohn die Hand, welche dieser willenlos ergriff wie eine feurige Eisenstange, während der Doppelgänger rief: „Kommt, Freunde, seht hier unfern sanften Schneidergesellen, der wie ein Raphael aussieht und unsern Dienstmädchen, auch der Pfarrerstochter so wohl gefiel, die freilich ein bißchen übergeschnappt ist!“

Nun kamen die Seldwylter alle herbei und drängten sich um Strapinsti und seinen ehemaligen Meister, indem sie erstere treuherzig die Hand schüttelten, daß er auf seinem Stuhl schwankte und ätzerte. Gleichzeitig legte die Musik wieder ein mit einem lebhaften Marsch; die Seldwylter, sowie sie an dem Brautpaar vorüber waren, ordneten sich zum Abzuge und marschierten unter Abingung eines wohl einstudierten diabolischen Lachzuges aus dem Saale, während die Goldbacher, unter welchen Böhm die Erklärung des Mirakels blüschnell zu verbreiten gewußt hatte, durcheinander liefen und sich mit den Seldwylern kreuzten, so daß es einen großen Tumult gab.

Als dieser sich endlich legte, war auch der Saal beinahe leer; wenige Leute standen an den Wänden und schützerten verlegen untereinander; ein paar junge Damen hielten sich in einiger Entfernung von Netzen, unerschütterlich, ob sie sich derselben nähern sollten, oder nicht.

Das Paar aber sah unbeweglich auf seinen Stühlen gleich einem steinernen ägyptischen Königspaare, ganz still und einsam; man glaubte den unabsehbaren glühenden Wüstenland zu fühlen.

Netzen, weiß wie ein Marmor, wendete das Gesicht langsam nach ihrem Bräutigam und sah ihn sehr an der Seite an.

Da stand er langsam auf und ging mit schweren Schritten hinweg, die Augen auf den Boden gerichtet, während große Tränen aus denselben fielen.

Er ging durch die Goldbacher und Seldwylter, welche die Treppe bedeckten, hindurch wie ein Loter, der sich gekippsch von einem Fahrmarkt stiehlt, und sie ließen ihn seltsamerweise auch wie einen solchen passieren, indem sie ihm still auswichen, ohne zu lachen oder harte Worte nachzurufen. Er ging auch zwischen den zur Abfahrt gerüsteten Schlitzen und Pferden von Goldach hindurch, in dessen die Seldwylter sich in ihrem Quartiere erst noch recht belustigten, und er wandelte halb unbewußt, nur in der Meinung, nicht mehr nach Goldach zurückkommen, dieselbe Straße gegen Selbwylter hin, auf welcher er vor einigen Monaten hergewandert war. Bald verschwand er in der Dunkelheit des Abends, durch welchen sich die Straße zog. Er war hochmütig, denn seine Polemische war im Heiteren des Tanzplatzes gegen geblieben neßte den Handschuh, und so schritt er denn gesenkten Hauptes und die freierenden Hände unter die gekreuzten Arme bergend vorwärts, während seine Gedanken sich allmählich sammelten und zu einigen Erkennen gelangten.

(Fortsetzung folgt.)

aus, daß die Entscheidung des Völkerbundes es Deutschland ermöglichen werde, seinen Verpflichtungen nach Kräften nachzukommen. Die Forderungen der einzelnen Erwerbsorganisationen würden eine Mehrbelastung von 14 Milliarden betragen. Außerdem erfordern die Gehaltswünsche des deutschen Beamtenbundes 16 bis 18 Milliarden jährlich. Weber für die eine noch für die andere Forderung sei Deckung vorhanden. Sie werden den Etat wesentlich belasten.

Reichsverkehrsminister Gröner sprach über die Verhältnisse bei den Reichseisenbahnen. Zwar sei der Personenverkehr befriedigend, dagegen wären die Einnahmen aus dem Güterverkehr ganz wesentlich zurückgegangen. Dadurch, daß die Bergleute im Ruhrrevier das Uebersehtabkommen kündigten, würden täglich 3000 Eisenbahnwaggons weniger verladen. Aus allen diesen Gründen haben wir im Reichsverkehrsministerium bereits an eine neue Tarifierhöhung gedacht, die sich wohl kaum werde umgehen lassen.

Im gleichen Rahmen bewegten sich die Ausführungen des Reichspostminister Giesberts. Die Post habe einen ungeheuren Fehlbetrag von über 2 Milliarden. Eine Erhöhung aller Posts-, Fernsprechts- und Telegraphengebühren im Verhältnis von 1 : 10 sei notwendig. Ein Brief werde künftig eine Mark kosten. Das Personal müsse alles tun, um den unhaltbaren Finanzverhältnissen ein Ende zu bereiten. Jeder Arbeiter und Beamte müsse intensiver arbeiten.

Gehheimrat Rühnemann vom Reichsfinanzministerium teilte mit, daß die Regierung Maßnahmen treffen werde, um alle noch ausstehenden Forderungen aus der Besoldungsordnung der Beamten sofort zu erfüllen. Ferner sei die Regierung bereit, einen Ausgleich der Teuerungszuschläge in den fünf Ortsklassen vorzunehmen, und zwar derart, daß die Differenz zwischen der Ortsklasse A und E ansatz 15 Prozent in Zukunft nur noch 10 Prozent betragen soll. Dagegen könne die Regierung der Forderung der Organisationen auf gleichmäßige Erhöhung der Zuschläge für alle Beamten nicht zustimmen. Sie sei dagegen bereit, die einzelnen Teuerungszuschläge in den verschiedenen Ortsklassen um je 15 Prozent zu erhöhen. Man sei weiterhin bereit, die Stundenlöhne der Arbeiter um 55 Pfg. gleichmäßig zu erhöhen. Die Kinderzulagen sollen von 150 Prozent auf 175 Prozent in der Ortsklasse A, in B und C auf 150 Prozent und in den Klassen D und E auf 125 Prozent erhöht werden.

Die Vorschläge der Regierung wurden von den Vertretern der Beamten und Arbeiter als unzureichend bezeichnet. Schließlich einigte man sich auf einen Kompromißvorschlag, der eine Zulage um 20 Prozent vorsieht, jedoch bestimmt, daß den in der Ortsklasse E befindlichen Beamten ein entsprechender Ausgleich zugesichert wird. Als Kinderzulagen sollen in der Ortsklasse A 200, in B und C 175 und in D und E 150 Prozent gezahlt werden. Für die Diätäre wurde zugesichert, daß sie jetzt in den beiden ersten Jahren 90 Prozent des planmäßigen Beamteneinkommens, im dritten und vierten Jahre 85 Prozent und vom vierten Jahre ab das zukünftige Beamtengeld erhalten sollen. Den Arbeitern wurde nach dem Vorschlag der Regierung eine Aufbesserung der Stundenlöhne um 85 Pfg. zugesichert. Die Auszahlung der neuen Gehälter und Löhne soll ab 1. September erfolgen, da die Regierung dem Reichsrat unverzüglich eine entsprechende Vorlage überreichen wird.

Man will sich ferner die Zustimmung der einzelnen Parteien sichern, um später die nachträgliche Genehmigung des Reichsrats einzuholen. Die Zustimmung der Regierung wurde von den Organisationsvertretern jedoch nicht ohne weiteres angenommen, da die Gewerkschaften von der Forderung einer Mindestgarantie nicht abgingen.

Ueber die Stellung der Verbände wird folgendes berichtet: Am Dienstagmorgen traten fast alle Vorstände der beteiligten Gewerkschaftsverbände zu Sitzungen zusammen, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Die freien Gewerkschaften vertraten den Standpunkt, daß eine Aufbesserung der Beamtengelder nur im gleichem Umfang wie der der Arbeiter erfolgen dürfte, während in Beamtenkreisen die Auffassung vorherrscht, daß die Beamtenbezüge in größerem Umfang erhöht werden müßten, da sie gegenüber den bisherigen Erhöhungen der Arbeitslöhne sowie schon im Nachteil seien. Besonders mühten sich für die unteren Beamtentypen höhere Sätze bewilligt werden als für die oberen Beamtentypen. Auch müßte diesmal durchgesetzt werden, daß ein Teil der Teuerungszulage auf die Grundgehälter gelegt wird.

Diese Fragen sind, wie mitgeteilt wird, auch im Schoße der Regierung bereits erörtert worden, weil man einseht, daß bei einem kommenden Abbau der Teuerungszuschläge, der ja schließlich doch einmal einsehen muß, das Grundgehalt der Beamten nicht mehr den veränderten Lebensbedingungen der Beamten entsprechen wird. Man wird also wohl sich entschließen müssen, die jetzige Beamteneinkommensordnung abzuändern. Vielleicht würde die Auffüllung der Grundgehälter und Ortszuschläge ein Ausweg sein, um die Beamtenschaft zu Kompromissen geneigter zu machen.

Die Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie. Die eingeleiteten Verhandlungen haben zu folgendem Ergebnis geführt: Mit Rücksicht auf die bevorstehende Teuerung ist die Verhandlungskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller bereit, ihrer Vertrauenskommission folgendes zur Annahme zu empfehlen, vorausgesetzt, daß auch die Verhandlungskommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes ihren zuständigen Organen diesen Vorschlag gleichfalls zur Annahme empfiehlt: 1. Die Tariflöhne der männlichen Arbeiter über 21 Jahre werden um 80 Pfg. pro Stunde erhöht. Die Akkordbasen werden den Einstellungslohnen gleichgesetzt. 2. Arbeiter von 18 bis 21 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 50 Pfg. pro Stunde. 3. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 25 Pfg. pro Stunde für das 14. bis 15. und 16. bis 18. Jahr, um 35 Pfg. pro Stunde für das 16. bis 17. und 17. bis 18. Jahr. 4. Arbeiterinnen an Maschinen und Handarbeiterinnen, deren Leistungen nicht mit den Leistungen der männlichen Arbeiter verglichen werden können, erhalten eine Erhöhung der Tariflöhne um 40 Pfg. Die Akkordbasis wird auf 8,65 M. pro Stunde erhöht. 5. In der Glühlampen-Industrie beschäftigte Arbeiterinnen erhalten in Gruppe I 40 Pfg. Erhöhung des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf 8,85 M. erhöht; in der Klasse II ebenfalls 40 Pfg. Erhöhung des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf 8,65 M. erhöht. 6. Jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren erhalten im Alter von 14 bis 15 und 15 bis 16 Jahren eine Erhöhung der Tariflöhne um 20 Pfg. pro Stunde, im Alter von 16 bis 17 und 17 bis 18 Jahren um 25 Pfg. pro Stunde. 7. Die Teuerungszulagen werden auf 24 Mark erhöht, und zwar sowohl die Ehefrauenzulage, sowie auch die für jedes Kind zu gewährenden Kinderzulage. Die Funktionäre des Berliner Metallarbeiter (Arbeiterorganisationen) haben den Beschluß gefaßt, das Ergebnis den Kolleginnen und Kollegen zur Annahme zu empfehlen. Ginz am Donnerstag, 26. August stattfindende Urabstimmung der organisierten Kolleginnen und Kollegen soll über die endgültige Annahme oder Ablehnung des Angebots entscheiden.

Die Lohnbewegung in der Solinger Industrie. Zu der Lohnbewegung in der Solinger Industrie wird gemeldet, daß jetzt auch die im Deutschen Metallarbeiterverband, im Christlichen Metallarbeiterverband und Solinger Industriearbeiterverband organisierte Arbeiterschaft zu der durch die gegenwärtige Teuerung entstandenen Verschlechterung der Lebenslage Stellung genommen hat. In getrennten Versammlungen tagten die Vorstände der Heimarbeitersgruppen. Die gestellten Anträge sollen in gemeinsamen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern beraten werden.

Hauptverband der Ortskrankenkassen.

k. r. Hannover, 28. August.

Die Ortskrankenkassen sind die bedeutendsten Träger der Krankenversicherung. Es ist daher nur natürlich, daß der Hauptverband der Ortskrankenkassen die Führung der Krankenkassenbewegung bestit. Umfaßt er doch ausnahmslos alle größeren Ortskrankenkassen, sodaß ihm rund 7½ Millionen Versicherte angehören. Das ist mehr als die Hälfte aller gegen Krankheit versicherten Personen. Die Jahresversammlung des Verbandes, die in den Tagen vom 21. bis 23. August hier in Hannover stattfindet, läßt schon äußerlich diese Bedeutung durch eine riesige Zahl von Vertretern erkennen: rund 1100 drängen sich in fürchterlicher Enge in dem großen Saale des Volksheims zusammen. Außerdem sind Vertreter der Behörden (das Reichsversicherungsamt, der Provinz, der Landesversicherungsanstalt, der Stadt Hannover usw.) in sonst nicht üblicher Zahl anwesend.

Der Verbandsvorsitzende Frähdorf-Dresden eröffnete die Tagung unter Hinweis auf die wichtigen Aufgaben, die ihr gestellt sind. Die Vertreter der Behörden betonten in ihren Begrüßungsansprachen, daß sie der Volksgesundheit stets große Aufmerksamkeit geschenkt haben. Oberpräsident Noske weist noch auf die Verzerrung hin, der unsere Bevölkerung noch weiter entgegensteht. Da müsse man gegen die bedrohliche Gesundheitspflege energischer denn je ankämpfen.

Den Geschäftsbericht des Verbandes auf das abgelaufene Jahr erstattet Geschäftsführer Lehmann-Dresden. Der Verband befindet sich in steter Aufwärtsentwicklung. Nebener bespricht auch die neuesten Änderungen der Reichsversicherungsordnung, namentlich die abermalige Ausgestaltung der Mutterschaftsversicherung. Die Jahresversammlung beauftragte den Hauptvorstand, dafür zu wirken, daß die Gehaltsgrenze für die Krankengeldversicherungspflicht der Angehörten, die zurzeit noch 15 000 M. beträgt, erhöht wird, daß der Grundlohn zur Bemessung der Krankengelder bis zu 40 M. täglich von den Kassen ausgedehnt werden kann, daß die freiwillige Versicherung der kleinen Gewerbetreibenden in größerem Umfang betrieben werden soll usw. Im Anschluß hieran werden noch zwei Entschließungen angenommen, von denen die eine sich gegen die mit der Brotverteuerung verbundenen Schäden der Volksgesundheit richtet und die andere die Krankenversicherung in Obersachsen betrifft.

Sodann wird über die Ausgestaltung der Kassenleistungen in den Rahmen der gegenwärtigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung durch die einzelnen Kassen verhandelt. Die Referate hierzu erstatten Frähdorf-Dresden und Verwaltungsdirektor Albert Kohler-Berlin. Sie treten für möglichst weitgehende Fürsorge ein, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch die Kassenbeiträge erhöht werden müssen. Nach kurzer Aussprache hierzu wird eine Entschließung angenommen, welche den Kassen eine Reihe von Vorschlägen an die Hand gibt: Erhöhung des Krankengeldes entsprechend der Geldwertverwertung, Einführung der Familienfürsorge, Ausgestaltung der Krankheitsfürsorge usw. Die Vorschläge werden von Lehmann-Dresden behandelt. Die Verhandlungen mit den Ärzten seien noch zu keinem befriedigenden Ergebnis gekommen. Die bestehende Arbeitsgemeinschaft mit den Ärzten (Tarifvertrag) habe gewisse Vorteile, doch könne sie die fehlende gesetzliche Regelung der Arztfrage nicht ersetzen. Das Schiedsgerichtsverfahren muß dadurch ausgetastet werden, daß zu seiner Benützung ein Zwang eingeführt wird. Die Bezüge der Ärzte von den Kassen sind weit mehr gestiegen als deren Einnahmen. Das könne nicht so weiter gehen. Die Zahl der Ärzte vermehre sich rapid, und sie wollen alle von den Krankenkassen eine Existenz haben. Nach kurzer Aussprache wird eine Entschließung im Sinne dieser Ausführungen angenommen.

Einen größeren Umfang in der Beratung nahm das Reichsversicherungsgesetz ein. Die Krankenkassen ist durch vieles, was die Selbstfürsorge für die Kriegsbeschädigten übertragen worden, und zwar soweit diese auch nicht gegen Krankheit versichert sind. Allerdings bekommen die Kassen ihre Aufwendungen für diese Art Krankenversicherer erstattet. Das Gesetz und die Zusammenarbeit der Versorgungsämter mit den Kassen läßt noch viel zu wünschen übrig. Ueber alle diese Mängel referiert der Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, Schulz-Kohn. Oft trete noch der alte preußische Geist der Bevormundung der Kassen in die Erscheinung. Es wird zu der Angelegenheit eine längere Entschließung einstimmig angenommen, nach der das Reichsversicherungsgesetz baldmöglichst einer Vervollständigung unterliegen soll. Den ungetheilten nicht versicherten Kriegsbeschädigten sollen die Barleistungen, auch das Krankengeld, nur vom Versorgungsamt geleistet werden. Die Krankenkasse soll nur für ärztliche Hilfe und Heilmittel aufkommen.

Zu einer lebhaften Aussprache kommt es bei der Regelung der Anstellungsverhältnisse unter den Kassenangehörigen. Es besteht schon seit Jahrzehnten eine Arbeitsgemeinschaft mit den Angestellten, jetzt vertreten durch deren Zentralverband. Neuerdings wird aber der Tarifvertrag recht vielfach nicht eingehalten und es wird von manchen Kassen verlangt, den Tarif aufzuheben. Landtagsabgeordneter Schölich-Breslau, der darüber das Referat hat, tritt gleichwohl für Weiterbestand ein. Er behandelt besonders auch die Anwendung des "Sozialgesetzes" auf die Krankenkassen, das die Kassen hindert, die Anstellungsbedingungen besser zu gestalten, als es im Reichsbesoldungsgesetz vorgelesen ist. Nachdem noch Reichstagsabgeordneter Wiebel nachdrücklich für Fortsetzung des Tarifs eingetreten ist, wird diese beschloffen und der Tarif selbst mehrfach abgeändert.

Die Neuregelung des Hebammenwesens bespricht Landtagsabgeordneter Meyer-Solingen. Trotz der neuerlichen großzügigen Ausgestaltung der Wochenfürsorge bestie diese noch viele Mängel. Die Geburtshilfe müsse für die Wöchnerin völlig unentgeltlich werden usw. Wir verlangen eine reichsrechtliche Regelung des Hebammenwesens. Solange diese nicht zu erreichen ist, beschließen wir uns auch mit einer landesrechtlichen. Es müßten die Hebammen mit einem bestimmten Grundgehalt angestellt werden und für jeden Hilfsfall besondere Zuschläge erhalten. Die Zahl der Hebammen muß auf Stadt und Land gleichmäßig verteilt werden. In der Aussprache tritt besonders eine Hebamme Fischer aus Neukölln lebhaft für Neuregelung ein und es wird eine Entschließung in diesem Sinne angenommen.

Der dritte Tag der Verhandlungen brachte die wichtigsten Punkte der Tagesordnung die Arznei- und Heilmittelversorgung der Kassen. Referent Lehmann-Dresden verweist auf die gewaltig gestiegenen Kosten der Heilmittel. Dem oft unzureichendsten Armenheime der Kassen müsse entgegengetreten werden. Besonders ist die Selbstabgabe von Arznei und Heilmitteln durch die Kassen zu organisieren. Die Kassen müssen sich die benötigten Artikel durch gemeinsamen Großeinkauf beschaffen. Von der Einkaufspreise ist zu fordern, daß sie die "Handverkauftspreise" nicht übersteigt. Eine Entschließung in diesem Sinne wird angenommen. Es folgen noch eine Anzahl Beratungsgegenstände

kündes gesättigter Art, darunter auch eine Satzungsänderung. Als Mitgliedsbeitrag sind jährlich 7 Pfg. für jedes Mitglied an den Verband zu zahlen. Der nächstjährige Verbandstag soll im Kartze ruhe stattfinden. Mit den üblichen Abschiedsworten schließt Johann Frähdorf die Tagung.

Aus aller Welt.

Der "Lutz-Rongern" verbracht. Der Inhaber des "Lutz-Rongern", der Dresdener Kaufmann Emil Bachmann, wurde wegen Betrugsverdachts von der Kriminalpolizei verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugestellt. Bachmann gründete vor etwa zwei Monaten den "Lutz-Rongern" unter der Fiktion, daß Einlagekapital in vier Wochen mit 100 Prozent zurückzahlen. Gegen 25 Millionen Mark sind Bachmann von den Einzählern anvertraut worden. Die Polizei stellte eine Unterbilanz von mehreren Millionen Mark fest. Zur Sicherstellung der Einzähler wurden 14 Millionen Mark Bargeld und Bankguthaben, zwei Luxusautomobile und verschiedene andere von den eingezahlten Geldern angelegte Wertgegenstände beschlagnahmt. Die Verhandlungen über etwa von Bachmann beiseite geschaffte Gelder sind noch im Gange. Die Schließung des Betriebes erfolgte unter turbulenten Szenen, die den ganzen Tag über fortbauerten und das Eingreifen eines starken Polizeiaufgebots nötig machten.

Kirchengeläuter als Sicherheitsalarm. In einer unerwartet böse Situation kamen einige Eindreher, die der Kirche in der Kolonie Brunswald bei Berlin einen Besuch abtaten wollten. Eine Streife der Schutzpolizei hörte in der zehnten Abendstunde plötzlich einige Glocken der dortigen Kirche läuten. Die sofortigen Nachforschungen ergaben, daß Eindreher am Werke waren, die ein Kirchenfenster herausgeschnitten und hierbei eine fenstrecht angebrachte Alarmvorrichtung zum Geläute in Tätigkeit gesetzt hatten. Leider gelang es nicht, der schnellstfliehenden Verbrecher habhaft zu werden.

Größte Feuer in einem Mühlenwerk. Die Mühlenwerke in Wechdorf bei Halle sind durch Großfeuer vollständig vernichtet worden. Mehrere hundert Zentner Getreide wurden vernichtet. Der Schaden beträgt annähernd eine Million.

Diebstahl bei der Frankfurter Eisgüterabfertigung. Die Kriminalpolizei kam umfangreichen Diebstählen bei der Eisgüterabfertigung auf dem Frankfurter Hauptbahnhof auf die Spur. Es wurde festgestellt, daß Zigarettensteuer-Bänderollen im Gesamtwerte von 428 000 M. unterschlagen worden waren. Man kam auch weiteren Diebstählen bei der Eisgüterabfertigung auf die Spur, so daß die fortgesetzten Diebstahl bei den Bahnabfertigungen eine Aufklärung finden dürften. Im ganzen sind 15 Personen in Haft genommen worden.

Aufgeklärter Museumsdiebstahl. Der Diebstahl im Landesmuseum in Weimar, bei dem u. a. ein Rembrandt gestohlen wurde, ist jetzt aufgeklärt. Die zurzeit in Weimar in Haft befindlichen Kaufmann Rost und Schlosser Schumann haben gestanden, den Diebstahl ausgeführt zu haben.

Eine wichtige Neuuerung im Flugwesen. Der Star Melbei aus London, das in dieser Woche in Fernborough der erste Versuch mit einem fernrecht in die Luft steigenden Flugzeug gemacht werden wird. Der Bau des Flugzeuges, der eine Umwälzung auf dem Gebiete des Flugwesens bedeutet, wurde unter größter Geheimhaltung vorgenommen.

Opyer der Berge. Wie die Innsbrucker Nachrichten melden, sind in der Zeit vom 1. April bis zum 18. Juli in den Tiroler Bergen 28 Personen tödlich verunglückt. 78 Abgefällte erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. — Die von einer Tour ins Dachsteingebiet nicht zurückgekehrten Wiener Touristen, Dr. Rio und Dr. Döhring, wurden von einer Rettungs Expedition in der Grotte aufgefunden. Wie das Linzer Volksblatt meldet, werden vier weitere Personen im Dachsteingebiet vermisst.

Kodakfellers Vermögen. Der amerikanische Weltkönig Kodak wurde, nach einer Meldung des "Verl. Sozialanz." in New York für ein Vermögen von 2400 Millionen Dollar (entspricht 200 Milliarden Mark) eingeschätzt. In dieser Summe sind die Beträge, die er für wohltätige Zwecke und für die Mitglieder seiner Familie schon bei Lebzeiten beiseite stellte, nicht eingeschlossen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Strafensprengung in Schlutup. Ich richte an die zuständige Behörde die bringende Bitte, für die Sprengung der Straßen im Stadteil Schlutup Sorge tragen zu wollen. Besonders in der Lübecker Straße ist die Staubentwicklung durch Wagen und den dort durchgehenden Automobilen ungeheuer. Von der vor einigen Wochen erfolgten Neu-Vermauerung liegt dort heute noch der in zwischen zu Staub zermalte Sand, der, von Wagen und Automobilen hochgewirbelt, unausgesetzt die Luft erfüllt. Ein Sprengwagen ist doch vor einigen Jahren angeschafft worden und an Wasser ist hier wirklich kein Mangel. Wir hier in Schlutup wollen nicht mehr als das, was in anderen Stadtteilen üblich ist und was die Gesundheit der Einwohner erfordert. Wir zahlen dieselben Steuern und verlangen, daß auch hier etwas dafür getan wird.

Für Kinder

und als erfrischende Nachspeise für jeden Tisch gibt es nichts Besseres als einen mit Milch gekochten

Oetker-Pudding

Der besondere Zusatz von kräuterbildenden Salzen macht den Oetker-Pudding zu einem hervorragenden Nahrungsmittel, und es ist ein Vergnügen zu sehen, wie Kinder jeden Abends solch einen Oetker-Pudding bis zum letzten Rest verzehren.

Beim Einkauf achte man daher stets auf die Schutzmarke Oetker's Heilmilch

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu ihrer Verlobung, danken herzlich
Ida Heyck
Paul Jürgens.

3. u. gel. e. 2. B.-Wohn. m. Küche u. Kell. geg. eine gleiche Holzst. Süd. Ang. u. B A a. d. Exp. (5617)

Gut. Kinderwagen. (Webb.-K.) 3. verk. Wiehlstr. 15, I. (5627)
Zu kauf. gesucht 1 Klapp-sportwagen ohne Verdeck. (5632) Ang. u. Y V a. d. Exp.

3-400 M. von ordentl. Leuten gesucht, hohe Zinsen, mögl. Rückzahlung. Ang. u. K. K. a. d. C. d. B. (5684)

Möbel
Herren-, Spiel-, Schlaf-, Zimmer, Küchen.
Boldts Möbellager
Fischergrube 25/27.

Sonntag, den 28. August, nachmittags 2 Uhr Auktion bei Speth, Reusefeld, Lindenstraße 10. (5684)

Eimerbler
Freitag von 3 bis 6 Uhr. (5693) Hans Wilcken.

Kaufen Sie jetzt:
Elegante Damen-Wintermäntel, Kleider, Herren-Ülster, Schüppel, Anzüge zu billigen Preisen.
Bei Anzahlung zurückgelegt. Beschäftigung erbeten.

Kaufhaus Franz Wehrendt
Balanierfahr 35. (5648)

Freitag und Sonnabend
Prima fett. jung. Rindfleisch, N. Schinkenwürst u. gefasste Mettwürst.
Fr. Kollmann, (5636) Reiferstraße 8.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Verband d. Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Am 22. Aug. verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege

Helmuth Assel
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Sonnabend, den 27. August, mittags 1 1/4 Uhr vom Westwerk Friedhof, 5643) Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und so reichen Kränzchen beim Seimgange meines geliebten unvergesslichen Mannes, unseres guten treuergebenden Vaters, jagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, den Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen, der Firma Schacht & Co. und dem Holzarbeiterverband unsern herzlichsten Dank.
Henny Dahlenburg (5630) und Kinder.

Zum 1. oder 15. Septbr. ein kinderreiches Kinder- mädchen für 2 jg. Knaben.
Fr. Wittner, Marlesgr. 27, I. (5647)

Ein Saß la. Zettel u. Zugänge billig zu verkaufen. (5653) Stüwe, Schönbockener Str. 18

Bremer Zigarren-Fabriken G. Freie
Gegründet 1860 • Bremen • Gegründet 1860
Filiale Lübeck, Holzst. 13/15, Fernspr. 8937
Beste Bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts-Zigarren.

Hotel Stadt Hamburg,
Lübeck.

Weißer Engel Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Endstation der Straßenbahn-Linie 1.

Uhren-Henke,
Gr. Burgstr. 51. Anerkannt vort. Bezugsquelle für Uhren, Gold- u. Silberw., sowie Trauringe. Fachm. Ausführung auch schwieriger Repar. in eig. Werkst.

Albert Ziehe,
Hutumpresse-Anstalt,
Wahmstraße 9.

F. Fränkel,
Brite Str. 33 und Gohmstr. 4
in ersten Lederwaren, Stoffen u. Reifemitteln

Fabi Karstadt & Laurisch
Gerner Straße 46, Telefon 1158.
Chemische Reinigung — Teppichkloppwerk.
Läden: Holstenstraße 14, Beckerstraße 31, Breite Straße 85/87, Fackeburger Allee 11 und 72.

F. W. Tietz, Pelzerstr. 24, Fernsprecher 943.
Bremer Materialien • Transporte aller Art.

Alfons Helle
Danke-Grube 40.
Werkstatt in Holzmalerei und Möbellackierung.

C. G. Torkahl, Fünfhausen 12. Wasche, Aussteuer u. Herrenartikel.



Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg		Büchen		Eutin		Travenmünde	
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büchen	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travenmünde
ab 7:15	ab 7:40	ab 8:00	ab 8:13	ab 8:12	ab 8:12	ab 8:15	ab 8:15
an 7:40	an 8:05	an 8:13	an 8:26	an 8:25	an 8:25	an 8:28	an 8:28
ab 9:15	ab 9:40	ab 9:45	ab 9:58	ab 9:58	ab 9:58	ab 10:01	ab 10:01
an 9:40	an 10:05	an 10:05	an 10:18	an 10:17	an 10:17	an 10:20	an 10:20
ab 11:15	ab 11:40	ab 11:45	ab 11:58	ab 11:58	ab 11:58	ab 12:01	ab 12:01
an 11:40	an 12:05	an 12:05	an 12:18	an 12:17	an 12:17	an 12:20	an 12:20
ab 12:15	ab 12:40	ab 12:45	ab 12:58	ab 12:58	ab 12:58	ab 13:01	ab 13:01
an 12:40	an 13:05	an 13:05	an 13:18	an 13:17	an 13:17	an 13:20	an 13:20
ab 13:15	ab 13:40	ab 13:45	ab 13:58	ab 13:58	ab 13:58	ab 14:01	ab 14:01
an 13:40	an 14:05	an 14:05	an 14:18	an 14:17	an 14:17	an 14:20	an 14:20
ab 14:15	ab 14:40	ab 14:45	ab 14:58	ab 14:58	ab 14:58	ab 15:01	ab 15:01
an 14:40	an 15:05	an 15:05	an 15:18	an 15:17	an 15:17	an 15:20	an 15:20
ab 15:15	ab 15:40	ab 15:45	ab 15:58	ab 15:58	ab 15:58	ab 16:01	ab 16:01
an 15:40	an 16:05	an 16:05	an 16:18	an 16:17	an 16:17	an 16:20	an 16:20
ab 16:15	ab 16:40	ab 16:45	ab 16:58	ab 16:58	ab 16:58	ab 17:01	ab 17:01
an 16:40	an 17:05	an 17:05	an 17:18	an 17:17	an 17:17	an 17:20	an 17:20
ab 17:15	ab 17:40	ab 17:45	ab 17:58	ab 17:58	ab 17:58	ab 18:01	ab 18:01
an 17:40	an 18:05	an 18:05	an 18:18	an 18:17	an 18:17	an 18:20	an 18:20
ab 18:15	ab 18:40	ab 18:45	ab 18:58	ab 18:58	ab 18:58	ab 19:01	ab 19:01
an 18:40	an 19:05	an 19:05	an 19:18	an 19:17	an 19:17	an 19:20	an 19:20

- Franz Wehrendt,** Balanierfahr 35, Tel. 8943 An-u.Verk. sämtl. Kleid. Wasche, Fußzeug, Bett.
- Margarete Rabe,** Putz- Mühlenbrücke 2.
- Friedr. Michael** Gartensamereien, Breite Str. 53, Tel. 2014.
- Wolle** spinnst und lätzt H. BOSSEL, nur Huxstraße 37.
- C. G. Torkahl,** Fünfhausen 12. Wasche, Aussteuer u. Herrenartikel.
- R. Kössling,** Königstr. 121, Tel. 2427. Seiler-war., Ang.-Ger., Fischn.
- E. Steen,** Wahmstraße 68. Ofen u. Herde, Buntes Tongeschirr.
- Fr. Kempke,** Königstr. 123. Tel. 3518, Fahr. Karbid, Wringm.
- Br. Drümmer,** Fackebn. Allee 64, Fahrradhl. u. Rep.-Wkst.
- Hausmann** Stimm- Reparaturen.
- Carl Topp** Inh. Gg. Jürß, Marlesgr. 34, Antiquitäten-Haus.
- Dentist R. Duffer,** Breitestraße 44 II.
- C. Grimm Nachf.** Schimmacherstraße 6. Leder — Schaffeslepper, Zahnärztliche, T. 2029.

Kartoffel-Versteigerung.

Morgen Freitag, den 26. August, nachmittags 2 Uhr, werde für Rechnung wen es angeht zwecks Regulierung eines Rechtsstreits

5 Waggon Speiselkartoffeln Kaiserkrone

in kleineren und größeren Posten öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Die Versteigerung findet auf dem Produktenstrang beim Güterbahnhof statt, wo auch die 5 Waggon stehen. Die Versteigerung findet nicht um 3 Uhr, sondern schon um 2 Uhr statt. (5689)

R. Bruhn, öffentl. angest. und beid. Versteigerer.

Enorm billig!

- Hemdentuche, . . Meter 13.—, 12.— 990
- Nessel (Stouts) . Meter 10.90, 10.20, 950
- Bettbezüge, 6 Mtr., farb., 96, 87, 7500
- Damastbezüge, 4 m, 180.—, 172.—, 15400
- Bettliaken, 2 m, . . . 84.—, 64.—, 4500
- Inlett, 140 Gtm. br., pa. Wars, Mtr. 4950
- Hauskleiderstoffe, 100 Gtm. br., Mtr. 1950
- Cheviot, schwarz u. blau, 130 Gtm. breit, Mtr. 59.—, 4950

Walter Griebhan & Co.
Lübeck, Huxstr. 74. (5685)

Wir empfehlen zum Abonnement

Die Neue Zeit

Wochenschrift
der Deutschen Sozialdemokratie
Preis für das Heft M. 1.50

Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwicklung und Klärung der Partei-interessieren kümmert, sollte auch Leser der Neuen Zeit sein

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Postpostämen entgegengenommen

Karl Kleinfeld, Bahnhofstraße 3. Reiseandenken und Reiselektüre, Papiergeschäft.

Färberei Reimers, Fischergrube 50.

J. Wolf, Kohlen-, Holz-, u. Kartoffelhdlg. Dornestr. 19-19a. T. 2226.

J. Krause, Inh. O. Krause Fleischhauerstraße 5. Photo-Artikel.

F. W. Lichtenstein, Barbier, Gr. Burgstr. 11 Flechten, Haubenetze.

Photo-Atelier Lubeca Gustav Pütter, Uhmacher, Lindenstr. 46, E. Meierstr.

A. Drückhammer, Königstr. 33. Buchbind. Rep. u. Fb. v. Handt.

E. Luthge, Johannisstr. 43 I. Damen-Frisier-Salon.

••••• **Schwartau** •••••

Kurhaus Schwartau, Hotel und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzügliche Küche • Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause

Waldhalle: Tägl. Konzert
Beliebter Ausflugsort der Lübecker.

Geertz Hotel, am Riesebusch. Jed. Sonntag: Konzert.
Riesebuschhalle: Tanzkränzchen.

Aug. Hartkopf, Lübecker Straße 16
Koks, Stroh, Häcksel :: Gegründet 1835.

Zigarren, Zigarretten, Rauchtabor in all. Preisl., nur erste Fabrik, **Zigarren-Spezialhaus Georg J. F. Schmidt,** Bahnhofstr. 2, Endstat. der Straßenbahn. • Marktpavillon: Schokolade, Konfitüren, Zigarren, Zigarretten, Reiseandenken.

W. Wiencke, Lübeck Str. 4, Tel. 2442, Autoprep. Fahrräder, Nähmasch.

Herm. Schwaberow Zahnpraxis

Anna Martin Putz- und Modewaren.

Kaffeegarten Schwarz vorm. Rogall, Am Riesebusch.

Hotel Kronprinz Tel. 1257 :: Vereinslokal mit Saal und Kegelbahn

Hotel Lübecker Hof, am Markt :: Tel. 1066.

Kauft bei den in der Geichäftlichen Kundschau inserierenden Firmen.